

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 419.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer an Sonn- und Festtagen mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 60, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,50. Monatlich 65 Pf. Bezahlungsstelle Nr. 2082 a. u. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf., für Berichtigungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., answärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 64.

Donnerstag, den 16. März 1899.

6. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Der Militärvorlage zweite Lesung.

Im Reichstage ist Dienstag die Militärvorlage in zweiter Lesung abgelehnt worden, insofern der Vorschlagspolitik der Konservativen und Nationalliberalen auch der Centrumsantrag, der in der Kommission eine Mehrheit erlangt hatte, weil er ja nur um 7000 Mann hinter der Regierungsvorlage zurückbleibt. Um 6 1/2 Uhr Abends war der nach Ablehnung der Präsenzliste zum Torso gewordene Entwurf der Regierung zu Ende beraten und wurde und man ging in die Volksvertreter heim. Zu einer Ausföhrung ist es selbstverständlich nicht gekommen. Nur unklare Köpfe konnten sie für die zweite Lesung der Vorlage erwarten. Daß trotzdem diese Auflösungsgerüchte fortgesetzt und hartnäckig kolportiert wurden, verhalf der Reichstagsitzung zu einem beispiellosen Andrang von Seiten des Publikums. Die Tribünen waren überfüllt, die Abgeordneten wurden nach Eintrittszeiten gerabesucht und konnten nur zum geringsten Theil den an sie gerichteten Wünschen Genüge leisten. Namentlich in den Bundesraths-, Diplomaten- und Hoflogen herrschte eine beängstigende Fülle. Sogar einige gelehrte Häupter sollen da der Dinge, die sich unten abspielen würden, gewartet haben. Vorerst freilich wurden alle Zuhörer auf eine harte Geduldsprobe gestellt. Da unten im Saale wimmelte es von Abgeordneten, kaum ein Leeres Lederpolster war zu erspähen, auf der Bundesraths-Empore saßen der Kriegsminister und Graf von Posadowsky, auf der kleinstaatlichen Seite drängten sich die Bevollmächtigten der Einzelstaaten und die Geheimräthe standen eingepökelt wie die Heringe, aber zunächst verlief die Sitzung recht uninteressant, denn der Referent der Kommission, Herr Wasser mann, fühlte sich genöthigt, über die aller Welt bekannten Kommissionsverhandlungen einen anderthalbstündigen Vortrag zu halten. Gar mancher der Abgeordneten hätte sicher in der Lage des Reichskanzlers sein mögen, der erst nach zwei Uhr den Sitzungssaal betrat, die Hälfte des Wasser mann'schen Vortrages also glücklich verfaumt hatte. Nachdem Herr Wasser mann geendet, wurde es auch bald interessanter, die Erregung spiegelte sich in den folgenden Reden getreulich wieder.

Der Kriegsminister leitete die Debatte mit einer ziemlich kurzen Rede ein. Man hörte ihm sehr aufmerksam zu, denn man sagte sich mit Recht, der Kriegsminister werde sich nun äußern, ob ein Konflikt zu vermeiden sei oder nicht. Aber es kam anders. Herr von Goltz sprach ungewöhnlich milde, betonte immer nur die Unannehmbarkeit des Centrumsantrages für seine Person und ließ die definitive Stellung des Bundesraths im Dunkeln. Die soll sich erst bei der dritten Lesung offenbaren. Von den Abgeordneten sprachen zuerst der nationalliberale Dr. Sattler und der konservative Herr v. Leveyow. Beide hielten so ziemlich dieselben Reden. Beide predigten nämlich in Militaribus die Theorie vom beschränkten Unterthanenverstande und zwar vom ganz beschränkten. Beide Herren sprachen natürlich chauvinistisch, der nationalliberale noch ein bißchen chauvinistischer als der konservative. Beide hielten regierungsfreundliche Reden, Herr Sattler natürlich noch ein bißchen regierungsfreundlicher als Herr v. Leveyow, denn während der Konservative noch die Leistungsfähigkeit des Volkes mit in Rechnung stellte, pries der Nationalliberale die Weisheit der Regierung so voll und ganz und unentwegt, daß es wirklich einem großen Verbrehen gleichkommen müßte, der Regierung irgend welche Opposition entgegen zu setzen.

Die Spannung im Hause steigerte sich noch, als nach diesen Herren der Abg. Lieber das Wort ergriff. Herr Lieber hielt wieder einmal eine Rede von echt demokratischer Färbung. Er kann das genau eben so gut, wie mit den Junkern liebängeln. Es schien ihm das Aufziehen demokratischer Seiten ganz besonderes Vergnügen zu machen. Er hielt sich von dem gespreizten Pathos, was ihn sonst häufig ganz unheimlich macht, nach Möglichkeit fern, hatte auch sonst rednerisch seinen guten Tag. Auf der Linken unterstützte man die Zustimmungsaussagen des Centrums und der gestrenge Doktor fühlte sich auf der Rednertribüne offenbar je länger je mehr als Herr der Situation. Es war recht erquicklich anzuhören, wie Herr Lieber über die Wahrung der konstitutionellen Rechte des Reichstags sprach, wie er

das Bild vom caudinischen Joch ausführte und die Haltung der Regierung dem Reichstag gegenüber so schlagend kennzeichnete, wie es ein Sozialdemokrat auch fast nicht besser hätte thun können. Mit eindringlichen Worten warnte er die Regierung, es auf einen Konflikt ankommen zu lassen.

Der Höhepunkt der Sitzung war nun überschritten, denn die übrigen Redner legten sich große Zurückhaltung auf. Genosse Weber trieb diese Zurückhaltung so weit, daß er eigentlich nur eine Erklärung über die Abstimmung unserer Fraktion abgab, die natürlich sowohl der Regierungsvorlage wie auch dem Centrumsantrag ablehnend gegenübersteht. Weder Herr v. Kardorff noch der seine Rede vorlesende Wittauer Smalatzky, der mit breitem ostpreussischen Idiom uns vor den Kosaken grüßelig machen wollte, noch der bairische Bauernbündler Langinger konnten besonderes Interesse beanspruchen. Selbst der süddeutsche Demokrat Friedrich Hausmann hatte mit seinen gewiß richtigen Bemerkungen über unsern autoritären Kurs nicht die Theilnahme geweckt, die man aus der Thatfache, daß ihm der Reichskanzler schlagfertig nach etwa einer Stunde erwiderte, schließen könnte. Ja selbst Eugen Richter konnte nur da größere Aufmerksamkeit sich erzwingen, als er von eben diesen im Parlament viel zu selten besprochenen Erscheinungen des selbstherrlichen Regiments sprach, die vorher schon sein Kollege Hausmann gestreift hatte. Alles drängte zur Abstimmung und war auf ihr Ergebnis gespannt. Mit 209 gegen 141 fiel die Regierungsvorlage, auch die Präsenzliste, wie sie die Kommission festgesetzt hatte, wurde abgelehnt. Es ist also das von den Konservativen und Nationalliberalen prophezeite Vacuum eingetreten. Konflikt oder Ruhehandel, das ist jetzt die Frage. Damit Zeit für den Ruhehandel bleibt, findet Mittwoch keine Sitzung statt. Donnerstag soll dann die Entscheidung bei der dritten Verathung der Vorlage fallen.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 14. März 1899.

56. Sitzung, Mittags 1 Uhr.

Vom Bundesrathsfürsitz: Kriegsminister von Goltz, Graf von Posadowsky.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Verathung der Militärvorlage.

Die Verathung beginnt mit dem Gesetzbetr. die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres. Artikel 1 enthält die Forderungen für die allgemeine Präsenzstärke und für die Truppengattungen.

§ 1, der ausspricht, daß das geltende Gesetz vom 3. August 1893 mit dem durch das Gesetz vom 28. Juli 1898 bestimmten Veränderungen bis zum 30. September 1899 in Kraft bleibt, wird debattelos angenommen.

§ 2 enthält die Bestimmung, daß vom 1. Oktober 1899 ab die Friedenspräsenzstärke als Jahresdurchschnittsstärke allmählich herabgesetzt wird, daß sie im Laufe des Rechnungsjahres 1902 die Zahl von 502 506 Gemeinen, Gefreiten und Obergefreiten erreicht und in dieser Höhe bis zum 31. März 1904 bestehen bleibt.

Die Kommission (Referent: Abg. Wasser mann, natlib.) hat die Zahl von 502 506 auf 495 500 herabgesetzt und bestimmt, daß diese Höhe erst im Laufe des Rechnungsjahres 1903 erreicht wird. Die Präsenzliste soll also um 7000 Mann herabgesetzt werden.

Kriegsminister v. Goltz: Bei der ersten Verathung der Militärvorlage habe ich der Erwartung Ausdruck gegeben, daß es gelingen werde, eine Einigung in der Kommission zu erzielen. Ich ging dabei von der Ansicht aus, daß, wenn es sich um die Vertheidigung des Vaterlandes handelt, parteipolitische Interessen nicht in Frage kommen können. In der Kommission ist auch anerkannt worden, daß die gesammte Heeresverföhrung auf richtigen Grundlagen beruht. Insofern sind auch einige Veränderungen der Regierungsvorlage erfolgt; so lautet ein Beschluß der Kommission, die Erreichung der geforderten Heeresverföhrung von 1902 auf 1903 zu verlegen. Ferner ist eine Veränderung bei der Kavallerie vorgenommen worden; indem die Jäger zu Pferde von den übrigen Kavallerie-Estabronen ausgeschieden sind. Da ich einen militärischen Grund dafür nicht finden kann, bitte ich dringend, die Forderung der Regierungsvorlage wiederherzustellen. Von allein entscheidender Bedeutung ist jedoch, daß die geforderte Friedenspräsenzstärke von 7000 Mann verweigert worden ist. Die Kommission ist jedenfalls aber nicht in der Lage gewesen, die Konsequenzen dieser Herabsetzung zu übersehen. Eingehenden Berechnungen zu Folge reicht die von der Kommission bewilligte Friedenspräsenzstärke nicht aus, um die militärische Ausbildung aller Truppen genügend zu sichern. Ich kann nicht annehmen, daß eine solche Schädigung in der Absicht der Kommission lag und hoffe, daß die Annahme der Regierungsvorlage ermöglicht werden wird. Ich glaube schließlich auch an den Patriotismus des hohen Hauses appellieren zu dürfen, da es sich hier um die Wechselfähigkeit der Armee handelt.

Dr. Sattler (natlib.): Wir behalten uns unsere endgültige Entscheidung noch vor, werden aber in der zweiten Lesung für die

Regierungsvorlage eintreten, weil von der Militärverwaltung bestritten wird, daß die von der Kommission bewilligte Zahl ausreichend ist, um das Heer leistungsfähig zu erhalten.

v. Leveyow (K.): Meine Freunde sind der Ansicht, daß die geforderte Vermehrung eine Nothwendigkeit sei, und ich kann keinen genügenden Grund für die Ablehnung dieser Forderung erblicken. Die Kosten, welche erspart werden würden, beziffern sich auf etwa 2-2 1/2 Millionen. Das ist eine wahre Lappalie! Wir sind entschlossen, für die Regierungsvorlage zu stimmen; nur erklären wir, daß wir auf die Frage, ob die neue Organisation bis 1902 oder 1903 abgeschlossen ist, kein Gewicht legen. Durch die Verabschiedung würde wohl auch die Ausbildung der Mannschaften unter der zweijährigen Dienstzeit in Frage gestellt werden. Die ganze Frage hat durch die zweijährige Dienstzeit ein neues Gesicht gewonnen. Es ist ganz unmöglich, daß wir uns bei unserer Stellung der Vorlage gegenüber auf militärisch-technische Gründe berufen; denn selbst den Militärs macht das Zurechnungsgehen dieses Umstandes Schwierigkeiten. Ehe wir die Erklärung der Regierung haben, ob sie sich mit dem Abschick von 7000 Mann zufrieden geben könnte, können wir uns auf den Kommissionsbeschluß nicht einlassen. (Beifall rechts.) Wir werden also unsere definitive Stellung erst in der dritten Lesung einnehmen können und bitten auch das Centrum, sich die Frage noch rüthlich zu überlegen. Meine Freunde werden heute jedenfalls für die Wiederherstellung der Regierungsvorlage stimmen. (Beifall rechts.)

Dr. Lieber (Z.): Die beiden Herren Vorredner haben den Boden, auf dem wir stehen, recht unheimlich verschoben. Abg. v. Leveyow zog wenigstens die Leistungsfähigkeit des Volkes einigermaßen mit in Rechnung. Abg. Dr. Sattler aber beruht sich einfach auf die Sachverständigkeit des Kriegsministers. Wenn es nach Herrn Dr. Sattler ginge, dann hätte der Reichstag jeder Militärvorlage einfach zuzustimmen. (Sehr richtig im Centrum und links.) Der Kriegsminister hat gesprochen, die Sache ist zu Ende, der Reichstag hat gar nichts zu sagen. (Bravo! im Centrum und links.) Es handelt sich aber bei der Militärvorlage um die wichtigsten konstitutionellen Rechte des Reichstages und die Frage: sollen wir durch das laudinische Joch hindurchgehen oder nicht? In militärischen Dingen ist die Militärverwaltung gewiß maßgebend; aber bei den Kosten hat das Reichschahamt doch auch ein Wort mitzureden, und dieses hat durchaus nicht immer die Ansichten der Militärverwaltung. Ferner hat auf Grund der Verfassung der Reichstag die Forderungen der Regierung daraufhin zu prüfen, ob sie der Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes entsprechen. Entsprechen sie ihr nicht, so thun wir nur unsere Pflicht, wenn wir sie ablehnen. (Beifall links.) Wir haben im vorigen Jahre nicht weniger als 733 Millionen Mk. für Zwecke des Heeres und der Marine bewilligt. (Hört! hört! links.) Da ist es doch wohl nicht so ganz unangebracht, Vorsicht zu üben, damit der Eimer nicht überläuft. (Sehr richtig.) Wir müssen ferner erwägen, daß dem Lande immer mehr Arbeitskräfte entzogen werden. Wo es sich um das Wohl des Vaterlandes handelt, sind freilich parteipolitische Erwägungen für uns nicht maßgebend. Wir haben in der Kommission aber die Ueberzeugung gewonnen, daß es auch mit dem Abschick und der verminderten Bataillonsstärke möglich ist, die zweijährige Dienstzeit aufrecht zu erhalten. Sollte es sich herausstellen, daß dies in der Praxis nicht möglich ist, so werden wir später gern bereit sein, in ernste Verhandlungen darüber einzutreten, wir dem abzugeben sei. Besseren Gründen verschließen wir uns nie. (Hört! hört!) Aber nach unserer Auffassung kann zu gleicher Zeit dem Volke für Heer und Flotte nicht mehr zugemuthet werden, als es in den Beschüssen der Kommission niedergelegt ist. Bei der Drohung, den Reichstag aufzulösen, wird Wackerlei übersehen. Der Abschick steht doch im engen Zusammenhang mit anderen Beschüssen der Kommission, die der Kriegsminister mit allem Wohlgefallen eingestrichen hat. Man hat ferner gesagt, wenn diese Vorlage nicht zu Stande käme, so könnte die Regierung ganz von selbst 1 pSt. der Bevölkerung zu den Waffen berufen auf Grund des Artikel 60 der Verfassung. Man vergißt aber, daß dieser Artikel gar nicht mehr in Geltung ist. Ueberdies ergiebt eine Rechnung, daß wir bereits heute 67 641 Mann über diese 1 pSt. im Dienst haben. Auf die Trennung der Jäger zu Pferde von der übrigen Kavallerie legen wir keinen Werth. Aber an der Herabsetzung der Präsenzliste werden meine Freunde festhalten, auch wenn wir ganz allein stehen sollten. Bricht ein Konflikt aus, so sind wir nicht schuld daran. (Beifall links und in der Mitte.)

v. Kardorff (Wp.): Meine Freunde halten die Differenz für zu gering, als daß diese zu einem Konflikt führen sollte. Vielmehr ließe sich eine anderweitige Regelung finden. Wir behalten uns unsere definitive Stellungnahme für die dritte Lesung vor und werden einstweilen für die Regierungsvorlage gegen den Kommissionsbeschluß stimmen.

Hausmann (südd. Wp.): Die ablehnende Haltung meiner Freunde ist bedingt durch die Interessen der unteren und mittleren Klassen; die nicht wie die oberen Zehntausend in der Armee eine Versorgungsanstalt für ihre Söhne haben. Redner spricht sich sodann für die gefällige Festlegung der zweijährigen Dienstzeit aus, damit die Regierung nicht immer dadurch einen Druck auf die Volksvertretung ausüben könne. Zu den militärischen Sachverständigen kann man kein Vertrauen haben, früher sagten sie die zweijährige Dienstzeit sei nicht möglich, nun besteht sie doch. Die Herren vom Militär vertreten aber weniger ihren eigenen Standpunkt als vielmehr einen anderen. Aber sic volo, sic jubeo wird im Volke keinen Anhang finden.

Langner (bayer. Bauernb.) erklärt, die Vorlage ablehnen zu wollen.

Smalatzky (Littauer) verliest, da er der deutschen Sprache nicht mächtig ist, eine Rede, in der er sich vollkommen für die Regierungsvorlage ausspricht.

Richter (Wp.): Nachdem durch Annahme des § 1 die Gewähr geschaffen ist, daß noch eine dritte Lesung stattfinden wird, will ich meine Ansichten zu der geforderten Vermehrung selbst erst in dieser zum Ausdruck bringen. Heute nur einige Bemerkungen. Es ist heute wieder von unserer Wechselfähigkeit dem Auslande gegenüber gesprochen worden. Aber der Kriegsminister hat doch

selbst in der ersten Lesung erklärt, daß wie mit Ruhe der Zukunft entgegenzusehen können. Was die Mehrheit des Hauses von der Regierung heute noch trennt, das sind so nur die 7000 Mann. Aber diese sollen doch erst bis 1908 eingezogen werden, also kann man doch aus ihrer Verweigerung nicht schon jetzt einen Konflikt herleiten. Ich hätte gewünscht, daß man heute nicht wieder in die uneheliche Gewohnheit zurückverfallen wäre, aus dem Ausland als Wähler anzuführen. Es trifft ja auch gar nicht zu, daß man anderwärts die Militärverordnungen so ohne Weiteres bewilligt. Gerade anlässlich des Dreijährigen Standes sollte man das Verhältnis des französischen Parlaments zur Armee nicht aus der Nachsicht annehmen. Es ist heute gelagt worden: die Beurteilung der Wichtigkeit der Forderungen müsse man den militärischen Sachverständigen überlassen. Aber in dem Augenblick, wo mehr Geld und mehr Mannschaften verlangt werden, bürgerliche Interessen und Spiel, und darin sind wir zuständig. Wenn überall nur Sachverständige reden sollen, wo bleibt dann überhaupt der Gedanke des Parlamentarismus? (Sehr richtig! links.) Der Herr Abg. Weber hat mit vollem Recht auf die wechselnden Ansichten der Regierung selbst in der Frage der Bataillone hingewiesen. In militärischen Dingen ist eben nichts beständiger als der Wechsel (Gelächter), und da sollen wir einfach das Heiß glauben, was uns von der Militärverwaltung gelagt wird? Ich wende mich nun der Frage der 7000 Mann zu, weil es charakteristisch ist, daß im eine solche Maßnahme ein Streit entstehen kann. Mit diesen 7000 Mann ist die Wehrhaftigkeit an der Grenze in Verbindung gebracht worden; aber die Grenzregimente können auch nach dem Abbruch noch immer erheblich stärker als die Bataillone im Innernlande gehalten werden. Die Konfliktlösung kam wohl jedem Überzähligen. Noch am letzten Mittwoch hatte jeder den Eindruck, daß der Kriegsantrag hergekommen, die Vorlage so weit unter Dach und Fach gebracht zu haben. Der Kriegsantrag hatte sich so in den Zentrumsantrag hineingeschoben, daß er schon ganz genau wußte, wie er die Bewilligung der Vorlage würde. Zwischen Mittwoch und heute ist eine Wendung erfolgt und zwar am Donnerstag vormittag von verantwortlicher Stelle. (Lacht, hört! links.) Wir stehen hier vor einer jener Möglichkeiten, die sich selber der parlamentarischen Diskussion entziehen. — Wenn Sie dem Reichstag ein Urtheil in militärischen Dingen absprechen, dann begraben Sie ihn zu einer einfachen Geldbeschaffungsmaschine. — Eine Auflösung des Reichstages in diesem Augenblicke würde besonders eigenartig wirken. 1893 lobte sich die Auflösung wenigstens, damals handelte es sich um 7000 Mann, heute dagegen nur um 10 pEt. bei dem damaligen Bisher. Kommt es zur Auflösung, dann wird der allgemeine Eindruck sein: Die Auflösung ist nicht der 7000 Mann wegen, sondern wegen ganz anderer Dinge erfolgt. Der neue Reichstag soll eine Zuchtanstalt bewilligen, er soll das allgemeine Wahlrecht beseitigen. Im Wahlkampf wird es sich nicht mehr um die Herrschaftsvermehrung handeln, sondern um die Frage, soll ein autonomes, selbstständiges Regiment in Deutschland die Oberhand gewinnen oder sollen wir einen selbstständigen Parlamentarismus in den bestehenden Grenzen erhalten. (Beifall! rechts links.)

Freese (Bd.): Wie werden zunächst für die Regierungsvorlage stimmen, sollte diese abgelehnt werden, für die Kommissionsfassung.

Reichstagskanzler Fürst zu Hohenlohe: Den Hinweis des Abg. Hauptmann auf Versicherungen an maßgebender Stelle weise ich mit Entschiedenheit und Entschiedenheit zurück. (Bravo! rechts!) Die maßgebende Stelle steuert durchaus nicht auf einen Konflikt mit dem Reichstag hin, sie ist stets von der Sorge für die Sicherheit des Reiches geleitet. (Bravo! rechts.)

Rebel (Sd.): Nachdem wir heute von verschiedenen Rednern der Majoritätspartei die Erklärung gehört haben, daß wir sicher einer dritten Lesung der Vorlage in diesem Hause entgegengehen, werden wir in dieser in ausgiebiger Weise unsere grundsätzlichen Standpunkte zu der Vorlage darlegen. Was unsere Stellung zur Abstimmung betrifft, so wird meine Fraktion in erster Linie gegen die Regierungsvorlage, dann aber auch gegen die Kommissionsvorlage stimmen. Das Weitergehen auf dem Gebiete der militärischen Maßnahmen muß endlich ein Ende nehmen. Das Volk hat kein Verlangen, noch mehr Opfer persönlicher und materieller Art als bisher für die Armee zu tragen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister v. Goltz erklärt, der Beweis werde nie erbracht werden können, daß in seiner Stimmung erst in der letzten Kommissionsfassung eine Wandlung eingetreten sei.

Liebermann von Sonnenberg (Mittl.) erklärt den Abbruch der 7000 Mann für einen Akt der Willkür. Das nationale Gefühl werden wir für die Regierungsvorlage stimmen, selbst wenn die Regierung selbst nicht mehr für sie sein sollte. Damit schließt die Debatte.

Die darauf folgende Abstimmung ist auf Antrag des Abg. Graf v. Bismarck-Wohlen eine namentliche. Sie ergiebt die Ablehnung der Regierungsvorlage mit 209 gegen 141 Stimmen. Dafür stimmen die Nationalliberalen, die Rechte und die Freikämmerer, abgesehen von Haenel und Riff, sowie einige Wöhe. Auch die Kommissionsvorlage wird abgelehnt. Damit ist § 2 gefallen.

Die anderen Paragraphen des Artikel 1 sind durch die Ablehnung des § 2 gegenstandslos geworden. Artikel 2 und 3 gelangen debattelos zur Annahme, ebenso die Novelle zum Reichsmilitärstatut.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Reise des Etats aus zweiter Lesung und dritte Beratung der Militärvorlage. Schluß 6 1/2 Uhr.)

Politische Verhandlungen. Deutschland.

Der allgemeine deutsche Fleischbeschauertag hat am Sonntag in Berlin Stellung zu dem Fleischbeschau-Gesetzentwurf genommen. Den Verhandlungen wohnten bei das Mitglied der Prüfungskommission für Thierärzte, Professor an der Thierarzneischule, Dr. Hertzig, das Mitglied des wirtschaftlichen Ausschusses des Reichstages, Domänenrat Ketzlich, der Direktor des Bundes der Landwirthe, Dr. Gahn, und zwei Deputirte der Fleischerinnung. In drei Resolutionen wurde erklärt, daß es 1. für Wurstaaren und sonstige im zerleinertem Zustande zur Einführung gelangende Fleischwaaren keine zuverlässige Untersuchung giebt. 2. wird die Untersuchung auch des zum Hausgebrauch geschlachteten Viehes gefordert. 3. die Regierung gebeten, den Fleischbeschauern die Beamteneigenschaft zu verleihen.

Das Urtheil eines französischen Offiziers über die Volksmiliz. Die gewöhnliche Annahme, daß man in den deutschen Offizierskreisen durchaus einverstanden sei mit den militärischen Urtheilen und Auffassungen des deutschen Kriegsministeriums, ist eine irrige. Es giebt auch im deutschen Offizierskorps Männer, die selbstständig zu denken vermögen, — aber in Deutschland ist es für einen Offizier ein viel größeres Wagniß, seine eigene Meinung im Widerspruch zur Regierung öffentlich zum Ausdruck zu bringen, als in Frankreich, und

darum unterbleibt es oder nimmt Formen an, die dem Uneingeweihten den Sachverhalt verhallen. Man weiß, wie abfällig deutsche Kriegsminister über die Volksmiliz im Allgemeinen und die Schweizerische im Besonderen urtheilen — man höre nun, wie sich ein französischer Offizier über das gleiche Thema äußert. Kapitän Gaston Moch schreibt in der „Revue Blanche“:

„Ganz ist die schweizerische Armee noch nicht dazu gekommen, aus ihren militärischen Einrichtungen allen Nutzen zu ziehen, den sie zu leisten im Stande wären, und zwar in Folge des Überhandnehmens des kantonalen Partikularismus wie auch weil es notwendig war, die erforderlichen finanziellen Opfer dem Lande nur nach und nach aufzuerlegen. Was, was uns (Frankreich) anbelangt, so hätten wir eine umgekehrte Richtung einschlagen sollen. Wenn wir unser reiches Heer in Volksmilizen verwandeln wollten, so hätten wir auch nicht den Zustand, den die schweizerische Armee momentan erreicht hat, zum Maßstab zu nehmen, sondern jenen, zu dem ihre Entwicklung hinzuführen. Wenn wir nun unserm Land das Maximum an den Ausgaben auferlegten, welche die Volksmiliz erfordert, so wäre es noch immer weniger als das, was das Land jetzt zu tragen hat, und die Lasten, welche in den Augen eines Schweizeren überflüssig sind, wären unserer Bevölkerung als eine enorme und unverhoffte Erleichterung erschienen. So ist denn sehr leicht, denjenigen Antwort zu geben, die in der schweizerischen Armee nichts anderes sehen wollen, als ihre geringen Unvollkommenheiten, die aber durch die guten Eigenschaften reichlich aufgezwungen werden. Es liegt nur an uns, es besser zu machen, es vollkommen gut zu machen und auf diese Weise, neben der Erleichterung der Militärlasten, aus der Vertheiligungsmacht zu verschaffen, welche das Vaterland unüberwindlich machen würde.“

Die militärischen Urtheile französischer Offiziere werden sonst auch im deutschen Generalstab sehr ernst genommen.

Ein Seitenstück zum Lübbauer Banarbeiter-Streik. Vor der Strafkammer in Straßburg i. E. spielte sich Sonnabend eine Verhandlung ab, die zu Vergleichem mit dem Dresdener Urtheil gegen die Lübbauer Banarbeiter herausfordert. Angeklagt waren zwei im Alter von etwa 25 Jahren stehende Studenten der Medizin, Barth und Dürhammel, jene wegen schwerer, mittels gefährlicher Werkzeuge verübten, dieser wegen einfacher Körperverletzung. Beide sind Mitglieder der katholischen Studentenverbindung *Adonia*. An deren Stammtisch trafen sie am Abend des 26. Januar d. J. verschiedene Mitglieder der Adonia und infolgedessen geriethen sie mit zwei in der Nähe sitzenden Herren, dem Studenten Rosenthal und dem Geschäftsmann Bauer, in einen Wortwechsel. Barth provozierte den Rosenthal in der frechsten Weise und lehnte, nachdem er bereits das Lokal verlassen, in Begleitung seiner Freunde nach kurzer Zeit zurück, um den M. neuerdings mit den schwersten Beleidigungen, wie „Schweinehund“, „Saujud“ etc., zu realisiren. Rosenthal erwiderte die Beleidigungen, worauf es zu heftigen Handgreiflichkeiten kam. Im Verlauf des Streites holte Barth mittels seines schweren, mit einem mächtigen Hirschhorngriff versehenen Spazierstockes, den er mit beiden Händen an der Spitze gefaßt hatte, zu einem wuchtigen Schlag gegen den Kopf und Körpergröße weit hinter ihm zurückstehenden Rosenthal aus, der, an der linken Kopfseite getroffen, sofort bewusstlos und blutüberströmt zusammenbrach, während der Griff des Barthschen Stockes infolge der Wucht des Schlags abprang. Der so dahliegende Rosenthal erhielt von den Freunden Barths noch eine Anzahl Fußtritte, und auch sein Begleiter Bauer, der den Streik hatte schlichten wollen, trug eine mehrere Centimeter lange, anscheinend mit einem Schlüssel oder einem geschlossenen Messer versehene Kopfwunde davon, infolge deren er etwa zwei Wochen arbeitsunfähig war. Rosenthal mußte noch in derselben Nacht ins Hospital überführt und einer gefährlichen Operation unterzogen werden. Der ärztliche Befund ergab einen komplizirten Bruch der Schädeldecke, die an der linken Kopfseite in erheblicher Ausdehnung eingedrückt und zertrümmert war, so daß die Splitter direkt auf der Gehirnmasse auflagern und von dort mit Mühe und unter Lebensgefahr für den Verletzten entfernt werden mußten. Rosenthal lag etwa vier Wochen im Krankenhaus, und nur dem ungewöhnlich günstigen Verlauf des Wundheilprozesses ist es zu verdanken, wenn seine Verletzung nicht zu den von den Ärzten anfänglich befürchteten lebensgefährlichen Komplikationen führte. Der Verletzte wird jedoch zeitweilig mit einem schweren Defekt an der Schädeldecke behaftet bleiben, da die Ränder der Knochenwunde infolge der Absplitterung einzelner Stücke sich nicht mehr schließen und an der betreffenden Stelle eine etwa finger-nagelgroße Oeffnung des Schädelbaches zurückgelassen ist, an der das Gehirn nur durch die verhärtete Kopfhaut geschützt wird. Rosenthal darf sich jetzt, also 7 Wochen nach der That, noch nicht anhaltend geistig beschäftigen, weder lesen, noch schreiben, und befindet sich noch fortwährend in ärztlicher Behandlung, die, durch die in Gesellschaft nervöser Beschwerden verschiedener Art, besonders als Zuckungen in Armen und Beinen, sich geltend machenden Folgeerscheinungen der schweren Verletzung bedingt wird. Der öffentliche Ankläger bezeichnete die That Barths als überaus roh, da er bei der ganzen Affäre der provozirende Theil gewesen sei und als Mediziner in vorgeklütem Semestere sich der möglichen Folgen eines mit solcher Wucht und mittels eines derart gefährlichen Werkzeuges gegen den Kopf seines Gegners geführten Schlags hätte bewußt sein müssen. Das Urtheil des Gerichts schloß sich den Ausführungen des Staatsanwalts an und setzte deren Antrag, gemäß gegen Barth eine — **Gefängnißstrafe von sechs Monaten** fest. Der Mitangeklagte Dürhammel mußte, da ein Beweis für seine Betheiligung an der Mißhandlung Rosenthals nicht erbracht werden konnte und seitens des ebenfalls verleg-

ten Bauer der erforderliche Strafantrag fehlte, freigesprochen werden. Ein Kommentar ist völlig überflüssig.

Ludwig Bamberger ist gestern in Berlin an den Folgen der Influenza gestorben. Mit ihm ist ein hervorragender Parlamentarier dahingegangen. Am 22. Juli 1823 in Mainz geboren, nahm Ludwig Bamberger 1848 an der revolutionären Bewegung lebhaften Antheil. Er kämpfte 1849 in der Pfalz in den Reihen der Freischärler, wurde zum Tode verurtheilt und floh in die Schweiz, von wo er sich nach Belgien, Holland, England und Frankreich wandte. Von Hause aus Jurist, trat er zunächst zum Bankfach über, und wurde 1853 Leiter des großen Bankhauses von Bischofsheim u. Goldschmidt in Paris. 1866 kehrte er infolge der Amnestie nach Mainz zurück und wurde bereits 1868 von seiner Vaterstadt in das Reichsparlament gewählt und demnachst in den Reichstag. Unter den Führern der nationalliberalen Partei war er eine der hauptsächlichsten Stützen der inneren Demokratie schon seit bis zu dem Aufbruch desselben im Jahre 1874. Er ist die eigentliche Vater unserer Goldwährung und des Bankgesetzes, dessen Erneuerung jetzt wieder auf der Tagesordnung steht. 1881 schied er mit Forderleben, Müllert, Straußberg u. A. aus der nationalliberalen Partei aus und vereinigte sich 1884 mit der Fortschrittspartei zu der Deutschfreisinnigen Partei, in deren Reichstagsfraktion er lange Jahre den Vorsitz führte. Seit der Sprengung der Deutschfreisinnigen Partei im Jahre 1893 gehörte er dem Parlamente nicht mehr an. Seine Verehrtheit, sein volkwirtschaftliches Wissen und die Vorliebe seiner Gesinnung machten ihn seine Zeit zu einem der geachteten Mitglieder des Reichstags. Leider war Bamberger ein energischer Freihändler. Auch war er ein schroffer Gegner jeder Sozialreform.

Ein Kaffeemonopol in Sicht. Ein Kaffeekönig Venezuelas ist gegenwärtig an der Arbeit, die Kaffeeproduzenten zu einem Kongreß zu begeistern, der in Washington auf folgender Basis sich konstituiren soll: 1. Beschränkung des Kaffeexportes; 2. Bildung eines Centralkomitees mit Subkomitees in allen betheiligten Ländern zur Überwachung der Produktion und des Exports; 3. Einführung einer allgemeinen Exportprämie von 4 M. pro Sack; 4. Ergreifung von Maßregeln, um den Konsum zu heben; 5. Kollektivmaßnahmen zur Herabsetzung der Einfuhrzölle in verschiedenen Ländern; 6. Handelsverträge zwischen den Produktions- und Konsumländern; 7. Verhandlungen des Centralkomitees mit den Handelskammern Englands, Frankreichs und Deutschlands über die Unterstützung der Produzenten in ihren Monopolbestrebungen. Jedes zur Liga gehörige Land soll im Verhältnis seiner Produktion exportiren dürfen, bei einem Gesamtverbrauch von 1 1/2 Millionen Sack, also Brasiliens 6 Millionen, die anderen Länder 4 1/2 Millionen Sack. Die Gesamtproduktion der Welt beträgt 13 Millionen Sack, der Konsum nur 12 Millionen, so daß eine Million Überproduktion vorhanden ist, die den Preis drückt. Die Regierung von Venezuela wird aufgefordert, die Initiative zu ergreifen und einen Aufruf an die Kaffeeproduzenten des eigenen Landes, sowie Brasiliens, Mexikos, Ecuador, Kolumbiens, Guatemalas und der anderen centralamerikanischen Republiken, der Vereinigten Staaten als Besizerin von Portorico, Hollands als Besizerin von Guyana und endlich Haitis zu erlassen, um den erwähnten Kongreß zu Stande zu bringen.

„Der Kontraktbruch der Arbeiter“ gehört bekanntlich ebenfalls zum Rüstzeug der Scharfmacher und des Bankrotts. Nach dem neuen babilonischen Fabrikinspektionsberichte ist dieser Ausschichtsbescheide nur selten ein Kontraktbruch zur Kenntnis gekommen, und dann waren die Fälle in der Regel nicht von neuemswertiger Bedeutung. In einiger Erheblichkeit kommt Kontraktbruch nur bei ausländischen Arbeitern vor. Er ist hier aber häufig geradezu unvermeidlich. Arbeitgeber und Arbeiter sind dann meist gegenseitig nicht in der Lage, sich in der Sprache des anderen Theiles auch nur nothdürftig auszudrücken, und es kann daher von einer Vereinbarung der Arbeitsbedingungen keine Rede sein. Kommt es dann wegen des Auswärtigen zu Differenzen, so behaupten die Arbeiter, sie hätten rechtzeitig gekündigt, es sei aber hiervon keine Notiz genommen worden. In vielen Fällen besteht aber überhaupt keine Vereinbarung der Arbeiter mit ihren Arbeitgebern, sondern die Ersteren haben gegenüber einem Arbeiter-Importeur eine Verpflichtung auf längere Zeit eingegangen. Hier und da nimmt dann ein Arbeitgeber an, daß die gleiche Verpflichtung ohne Weiteres an ihn übergehe, ohne daß er auch den Arbeitern gegenüber die Kündigung von seiner Seite auf die gleiche Zeit ausschließe. „Findet er sich dann in seiner Berechnung getäuscht, so beklagt er sich über Kontraktbruch.“ — Das ist eine sehr interessante und bemerkenswerthe Beleuchtung der Unternehmerrlagen über den Kontraktbruch und so verhält es sich auch mit dem ganzen Geschrei über den „Terrorismus der Arbeiter“, der sich in der Regel sofort in einen Terrorismus der Unternehmer verwandelt, sobald man der Sache näher tritt. Ueberall Böswilligkeit und Unwahrhaftigkeit in den Reihen der Scharfmacher.

Keine politische Nachrichten. Die Wahlprüfungskommission des Reichstages hat beantragt, die Wahl des nationalliberalen Abgeordneten Franke (Dachau) für gültig zu erklären, dagegen die Wahl des konservativen Abg. v. Bonin im Wahlkreise Naugettin und die Wahl des nationalliberalen Abg. Kraemer in Weilar Altentischen zu beanstanden. — Für die Erziehung im künftigen hannoverschen Reichstagswahlkreise (Welle-Diebold) stellt die Konserervative Vereinigung der Provinz Hannover im Einvernehmen mit der Leitung des Bundes der Landwirthe den Rittergutsbesitzer von

Besten als Kandidaten auf. Die Nationalliberalen beabsichtigen, den Landtagsabgeordneten Wamhoff aufzustellen. — Für Beschränkung der Freizügigkeit für jugendliche Landarbeiter hatte sich der Deutsche Landwirtschaftsrath ausgesprochen. Der bayerische Landwirtschaftsrath aber hat es abgelehnt, sich diesem Beschluß anzuschließen. — Am 1. März ereignete sich die Verhaftung des Verführers, wie die „Post“ mittheilt. „Bürger von Stadt und Land aus dem Amt Rande in Westfalen“ beim Reichstag die Petition beantragt einen Strafparagrafen zum Strafgesetzbuch in etwa folgender Fassung: „In den Fällen der §§ 177, 178, 211 bis 215, 224, 225, 226, 227, 207 und 315 des Strafgesetzbuches kann, wenn die Thatbestände einen besonders hohen Grad von Rohheit zeigen, neben der sonst verhängten Strafe auf körperliche Züchtigung erkannt werden.“ Die Petition fordert die Verhaftung als Sanktionsmittel. Die Erfahrungen Sachverständiger aber beweisen, daß gerade die Züchtigung verfehlt ist, der sie erleiden, wie denn der (so vollziehen muß). Des Reichsgerichtsraths mit hat die grundsätzliche wichtige Entscheidung getroffen, daß ein nach dem Anhalt der Petition und Altersverhältnisse, nach der Beschaffenheit der That, der wegen einer gerichtlichen Entscheidung selbst nicht verurteilt und infolge dessen von seiner Arbeitsfähigkeit ausgeschlossen hat, nicht invalide zu erklären ist. — Dem „heiligen Reich“ ist die unheimliche „Kohle-Politik“ zu: „Wer unter der Fiktion der Religion mit nur einem der Sozialdemokratie ist, was das Gebot und die auf den Lippen, sondern auch festgewurzelt im Herzen tragen.“ Wäre Reichs-„Politik“ die Stadtverordneten „Wahre“ Staatsbedürfnisse in „Kalkül“ haben in ihre „Kalkül“ als „Wahrheit“ beantragt, der „Magistrat“ wegen „Wahrheit“ eine „Wahrheit“ einbringen. Obwohl diese Antrag in der „Wahrheit“ keine „Wahrheit“ sind, haben die „Wahrheit“ beschlossen, den „Wahrheit“ in „Wahrheit“ und „Wahrheit“ zu „Wahrheit“.

Dänemark.

Dem Minister des Innern Baronesseth ist von Folkething ein Mißtrauensvotum mit 79 gegen 1 Stimme (dem Vater der Föderation) ertheilt worden, 10 stimmten sich der Mißtrauensvotum abweisend. Es handelt sich darum, ob der Minister im Auftrag des Parlaments mit der kaiserlichen Telegraphen-Gesellschaft die Abkommenspläne zu verhandeln habe und ein Abkommen bewilligt hat, das nur für einige Privatleute das Telegraphieren verbietet, für die Geschäftskunde aber frei vertheilt und namentlich das Telegraphieren in die Provinz vertheilt und schenkt. Dabei war der Gesellschaft das Monopol unter der Bedingung bewilligt — die Sozialdemokratie hatte Verweigerung durch den Staat beantragt, die aber als „sozialistisch“ abgelehnt wurde, daß die Verweigerung der Logen erfolgen sollte. Es seien von allen Seiten, selbst von den Konservativen, sehr stark Worte gegen den Minister, dem schließlich in einer Diskussion erklärt wurde, daß er „gegen die berechtigten Wünsche auf die telephonirende Publikum gehandelt habe“.

Frankreich.

Der Prozeß gegen den Schriftsteller Gohier wegen angeblicher Verleumdung der Armee hat am Montag vor dem Schwurgericht in Paris begonnen. Ein zahlreiches, meist aus Journalisten und Advokaten bestehendes Publikum hatte sich für die Verhandlungen eingefunden. Neben Gohier war auch sein Verleger Ravagnon anwesend. Gohier antwortete auf die Fragen des Präsidenten kurz und bewachte militärisch. Clemenceau, der ihn vertheidigte, beklagte sich darüber, daß die Regierung dem Angeklagten die Vertheidigung erschwerte durch die Verweigerung der Ermächtigung der Offiziere, als Zeugen zu erscheinen. Clemenceau beantragte, den ausgebliebenen jungen Leuten Bigne ärztlich untersuchen zu lassen, da dessen Zeugniß besonders wichtig sei. Das Gericht lehnte den Antrag ab, weil der Zeuge vom Beklagten selbst vorgeladen worden sei. Als erster Zeuge sagte der Deputirte Pasteur aus, der früher Professor an der Militärschule war. Pasteur gab mehrere Beispiele an, um zu zeigen, daß die Armee thatsächlich moralische Feigheit zeitigen könne. Dann betonte der Dichter und Schriftsteller Derode Mirbeau, daß die Manier, einzelne Stellen aus Gohiers Buch „L'armee contre la nation“ (Die Armee gegen das Volk) herauszureißen und zu verzerren, eine Vergeßlichkeit des Schriftstellers bedeute; er anerkennt lobend das große Talent und die Leistungen Gohiers. Ebenfalls sagte der Chefredakteur Victor Meunier vom „Klapp“ für die gute Gesinnung Gohiers. Die Vertheidiger verließen ohne Zwischenfall. Unter den Zeugen machte noch die Aussage des nachträglich erschienenen Deputirten Camille Pelletan größeren Eindruck.

England.

Achtstundentag und Maifeiertag für Gemeindeverreter. Der Gemeinderath von Westham hat, wie man dem „Vorwärts“ schreibt, vorige Woche auf den Antrag unseres Genossen W. Thorne folgende Beschlüsse gefaßt: „Am Arbeitertag, den 1. Mai 1889, und an jedem folgenden 1. Mai sollen alle vom Gemeinderath beschäftigten Personen, deren Arbeit dies zuläßt, Feiertag mit voller Lohnzahlung haben. Diejenigen, bei denen dies nicht angeht, sollen an einem der Wochentage in den auf den 1. Mai folgenden sieben Tagen Feiertag mit vollem Lohn haben. Der Gemeinderathsaal, der öffentliche Versammlungssaal und der Vortragssaal des technischen Instituts soll an keinem 1. Mai vermietet, sondern den Angestellten und anderen Wägern und Bewohnern der Gemeinde für Maittags-Versammlungen zur Verfügung gestellt werden. Wenn der 1. Mai auf einen Sonntag fällt, soll der Feiertag auf den 2. Mai verlegt werden.“ Weiter beschloß derselbe Gemeinderath auf den Antrag eines anderen Mitgliedes: „Vom 1. Mai 1889 ab soll kein Arbeiter im Dienste der Gemeinde länger als acht Stunden im Tage oder 48 Stunden in der Woche beschäftigt werden, ausgenommen in Nothfällen, welche Fälle den betreffenden Kommissionen des Rathes und von diesen dem Rath selbst zu melden sind, mit genauen Angaben über die Art der Arbeit, die Dauer, und wo solche erfolgte, die Bezahlung der Ueberzeitarbeit.“

Das ist die erste Frucht des Wahlsieges der Arbeiter am 1. November vorigen Jahres! Finland.

Der russische Absolutismus fängt an, sich immer gefährlicher breit zu machen und die letzten Reste von Bewegungsfreiheit der Bevölkerung zu entfernen. Doch in Finland noch Bewegungsfreiheit, die einmal ein ernstes Wort zu sagen wagen, ist den russischen Reaktionsären besonders ein Dorn im Auge und der Generalgouverneur Morikow ist schon dabei, dem ein Ziel zu setzen. Er hat seit Eintritt seines Postens in Finland die Entdeckung gemacht, daß das Land viel zu viele Zeitungen habe und demzufolge lehnte die auf sein Geheiß schärfer vorgehende Zensurbehörde ein Gesuch um Herausgabe einer neuen Zeitung in Helsinki und ein Gesuch um Umarbeitung einer zweimal wöchentlich erscheinenden in eine tägliche Zeitung ab. Den noch bestehenden Zeitungen wird das Leben nach Möglichkeit erschwert. Seit Beginn dieses Jahres sind die finnischen Zeitungen schon von mehr Zensurhinterlassenen betroffen worden, als im ganzen vorigen Jahre vorgekommen sind. Ein „Helsingfors“ stellt ein Blatt, das einen der Zensur nachgehenden Artikel enthält, der darin, bevor mit dem Druck begonnen werde, in der Hölle durch einen harmlosen Versuch zu sein werden muß. Der Generalgouverneur hat im J. 1887 besonders „Nya Bladet“, die größte Zeitung Finlands, auf's Kommando zu haben, und nur bei Verhinderung des Abdruckens, eines Beamten, hat es obliegend, über die Anstellung der Gesetze in Finland zu wachen und vor sich in mannhafter Weise gegen die That des kaiserlichen Censur-Erlasses Stellung zu nehmen. Jedoch an diesen Tagen, hat nicht schon Wahregeln gegen „Nya Bladet“ ergreifen wollen. Er wies darauf hin, daß die Wahregeln es erregte würde, wenn Finlands ungeschändete Zeitung ingezogen werde. Um nicht auf etwas Arbeitendes vorwärts zu gehen und Druckerpersonal Rücksicht zu nehmen zu müssen, hat Morikow dem Personal von Zensur, die einzugehen werden. Untersuchungen in Aussicht gestellt. Aber die Arbeiter der Landereien haben bereits erklärt, daß sie eine derartige Untersuchung nicht annehmen. Die im folgenden Gesetze angeordnete Hoffnung, Finland und Rußland einander zu nähern, ist gänzlich eitel. Die That zwischen beiden ist umgekehrt eingetreten worden.

Libel und Steuerbesitz.

15. März. Eine Fahrradsteuer werden wir also vom 1. April d. J. an als kaiserliche Eigenthümlichkeit zu verzeichnen haben. Unwillkürlich wird sich da jedem der alte Coupletten aufdrängen: „Na, das sind Spezialitäten, Karanten, Varietäten von unsrer lieben Hauptstadt.“ Gewiß, es ist für Lübeck ebenso besäuernd, wie die Thotische, daß auf dem Gebiete des städtischen Budgets, an dem Lotterie nennt, der Stadt Lübeck erster Mann an der Spitze ist. Der Unwille gegen das System der indirekten Steuern ist heutzutage ein so allgemeines, daß selbst die Autoren des Systems es nur noch damit zu vertheidigen wissen, daß sie ihre Unfähigkeit kundgeben, einen Ausweg aus dem von ihnen angerathenen Vorkurs zu finden. Gleichwohl hatten sie gelegentlichen Körperlichkeiten eines angeblich republikanischen Staatswesens es für angebracht, eine neue indirekte Steuer einzuführen. Ein Steuerzahler, der sein Rad nur benutzt, um die weiten Arbeitswege abzuliegen, zahlt — unter Annahme milderer Umstände — bei einem Einkommen von 1200 Mark jährlich 3 Mark Radsteuer, ein Rentner, welcher 12 000 Mark jährlich einnimmt an Zinsen, zahlt 6 Mark für das Behältnis, welches ihm die Schwentingerkette ersparen soll. So sieht heutzutage die soziale Gerechtigkeit aus! Hat aber irgend Jemand in der Bürgerschaft die Frage von diesem Gesichtspunkte aus behandelt? Ei, bewahre! In der Bürgerschaft werden ja keine „Neben zum Fenster hinaus“ gehalten, da wird allenfalls hübsch repetirt, was in gewissen Conventikeln vorher länderlich eingepaukt wurde. Die „misera contribuens plebs“, das dumme Volk, welches zu blechen hat bei Vermeidung der Zwangsvollstreckung, wird als Lust behandelt. Wahrlich, wäre am Montag nur ein einziger Sozialdemokrat in der Bürgerschaft gewesen, er hätte den Herren schon einmal die Wahrheit geigen können. So aber lagerte der Geist bürgerlicher Nachmittagsreden-Weisheit über dem Ganzen. Die Wahlen haben in diesem Jahre zu erfolgen. Wird die wahlberechtigten und nicht engherzig und einseitig denkende Bevölkerung endlich zur Besinnung kommen? Wenn solche Ohrfeigen nicht helfen, dann hilft garnichts mehr!

Und Naumann sprach. Ein Ereigniß für gewisse bürgerliche Kreise, vieler Vortrag des Redefünftlers Naumann über „Kaiserthum und Sozialismus“, für Denjenigen, der häufig nationalsoziale Vorträge hörte oder hören mußte, nichts Neues. Eine rhetorische Glanzleistung, wie immer, inhaltlich sehr ansehnlich. Das kam auch in der gestrigen Versammlung zum Ausdruck. Die Ausführungen des Herrn Naumann gaben den Rednern unserer Partei, den Genossen Kasch und Bartels, willkommenen Anlaß, den Standpunkt der Sozialdemokratie festzulegen. Aufgefallen ist uns, daß in seinem Schlußwort der Referent es vermied, die vielen prinzipiellen Fragen anzuschneiden, die ihm vorgelegt waren von seinen Gegnern, und nur an einigen nebensächlichen Dingen seine allbekannte Schlagfertigkeit erprobte. Das war vielleicht taktisch geschickt von ihm, ob es aber sonst billig war, ist eine zweite Frage. Der Besuch war ein

stimmlich guter, da zahlreiche Sozialdemokraten dem Bedürfnis entsprochen hatten, einmal den Führer der „neuen Partei“ zu sehen und zu hören. Etwa 1000 Personen mögen zugegen gewesen sein. Die Zusammenkunft war „halb und halb“. Bürgerliche Redner meldeten sich, wie gewöhnlich, nicht zum Wort. Wir saßen auf dem Vortrag noch zurück.

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet am Montag, den 20. d. M., Vorm. 10 Uhr, statt.

Vom Tage. In Haft gebracht ein Bettler und drei Trunken.

Die diesjährigen Frühjahrskontroll-Versammlungen im Gebiet der freien und abhängigen Lübeck haben statt: A. In Lübeck, Platz hinter dem Schützenhof: 1) Am Montag, den 10. April 1889, Vorm. 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausgeschlossen Krankenträger) Jahressklassen 1888, 1897, 1898 und die zur Disposition der Erlass-Belehrten Entlassenen der Infanterie. 2) Am Montag, den 10. April 1889, Vorm. 11 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausgeschlossen Krankenträger) Jahressklassen 1895 und 1894. 3) Am Dienstag, den 11. April 1889, Vorm. 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausgeschlossen Krankenträger) Jahressklassen 1893 und 1892. 4) Am Dienstag, den 11. April 1889, Vorm. 11 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausgeschlossen Krankenträger) Jahressklassen 1891, 1890 und 1889. 5) Am Mittwoch, den 12. April 1889, Vorm. 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausgeschlossen Krankenträger) Jahressklassen 1888, 1887 und 1886. 6) Am Mittwoch, den 12. April 1889, Vorm. 11 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Garde, einschließlich der zur Disposition der Erlass-Belehrten Entlassenen der Garde und für sämtliche Mannschaften der Spezial-Waffen, dies sind: Jäger, Kavallerie, Feld- und Fußartillerie, Bronce-, Eisenbahntruppen, Train-Aufsichtspersonen, Trainführer, Werdwächter, Militärbäder, Krankenenträger, Unterarme, Vagabundgeschäften, Krankenwärter, Geistes-, Unterwächter, Unteroffiziere, Fahnenkinder, Beschlag-Schmiede, Zahlmeisterassistenten, Vagabundgeschäften, Oekonomiehilfsarbeiter, und Arbeitskolonnen, Jahressklassen 1898, 1897, 1896, 1895 und die zur Disposition der Erlass-Belehrten Entlassenen dieser Waffen. 7) Am Donnerstag, den 13. April 1889, Vorm. 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Spezial-Waffen (siehe Erläuterung zu 6) Jahressklassen 1894, 1893, 1892 und 1891. 8) Am Donnerstag, den 13. April 1889, Vorm. 11 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Spezial-Waffen (siehe Erläuterung zu 6) Jahressklassen 1890, 1889, 1888, 1887 und 1886. 9) Am Freitag, den 14. April 1889, Vorm. 9 Uhr, für die Erlass-Belehrten aller Waffengattungen Jahressklassen 1898, 1897, 1896, 1895 und 1894. 10) Am Freitag, den 14. April 1889, Vorm. 11 Uhr, für die Erlass-Belehrten aller Waffengattungen Jahressklassen 1890, 1889 und 1888. 11) Am Samstag, den 15. April 1889, Vorm. 9 Uhr, für die Erlass-Belehrten aller Waffengattungen Jahressklassen 1887 und 1886. B. In Travemünde auf dem Marktplatz: Am Montag, den 17. April 1889, Vormittags 11 Uhr, für sämtliche Mannschaften aus dem Travemünder Bezirk, sowie aus den Landgemeinden Wroben, Zimmerdorf, Östverdorf, Dierow, Jendow, Süddorf, Wöpsdorf, Rönnow, Siem und Tenzendorf. C. Für die im Kreis Herzogthum Lauenburg gelegenen Abtheilungen: 1. In Krummsee vor dem Hause des Gemeinde-Vorstehers: Am Dienstag, den 4. April 1889, Vorm. 9 Uhr für die Mannschaften aus den Landgemeinden Weidenhof, Gonsford, Süddorf, Krummsee, Moorgarten, Niemark und Sierstraße. 2. In Wöben auf dem Berge neben dem Kirchhofe: Am Mittwoch, den 5. April 1889, Vorm. 11 1/2 Uhr, für die Mannschaften aus den Landgemeinden Wisse, Boggensee, Migeran, Groß und Klein Schreiftosen und Traam. 3. In Hageburg, Vorkast auf dem Söbberge: Am Sonntag, den 8. April 1889, Vorm. 11 1/2 Uhr, für die Mannschaften aus den Landgemeinden Wilsede, Behlendorf, Wilsendorf, Harnsdorf und Gollenbeck. Zu den vorstehend unter B und C 1-3 festgesetzten Terminen haben zu erscheinen: sämtliche Reservisten, Wehrleute I. Aufgebots und Erlass-Belehrten, die zur Disposition der Erlass-Belehrten entlassenen Mannschaften sowie halbwahlbere. Ausgenommen sind: 1) diejenigen Wehrleute, welche in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1887 in das stehende Heer eingetreten sind, da dieselben zwecks Ueberführung zur Landwehr II. Aufgebots an der Herbstkontrollversammlung theilzunehmen haben. 2) diejenigen Reservisten und Wehrleute der Landarmee, welche Schiffahrt treiben, sowie sämtliche Mannschaften des Beurteilungsbereichs der Marine, einschließlich Seebataillon und Matrosen-Artillerie, — soweit sie sich auf dem Kontrollplatz Lübeck zu stellen haben — da diese an den alljährlich im Januar stattfindenden Schiffer-Kontroll-Versammlungen theilzunehmen. Befreiung von der Kontroll-Versammlung wird nur in besonders dringenden Fällen ertheilt. Den Befreiungsgesuchen sind stets die Pässe beizufügen. Jeder hat seinen Militärpaß mitzubringen. Nichterscheinen wird mit Arrest bestraft!

Vergiftet. In Tremser Kamp sind am Sonntag 7 Kinder infolge des Genusses von Wasserhieserlingswurzeln erkrankt. Ein neunjähriger Knabe ist gestorben, die übrigen sollen sich auf dem Wege der Besserung befinden. Die Eltern können die Kinder nicht genug vor dem giftigen Kraut, das auf allen Wiesen wächst, warnen. Da es an dem Geruch leicht zu erkennen ist, wird es nicht schwer halten, die Kinder unter Hinweis auf die furchtbaren Wirkungen vorsichtig zu machen.

© Gutin. Lohnbewegungen im Baugewerbe. Die sehr günstige Konjunktur im Baugewerbe gab im vorigen Jahre den Maurern und Zimmerern Gelegenheit ihre Löhne von 35 auf 38 Pfg. die Stunde zu erhöhen, und die Bauarbeiter erzielten eine Erhöhung von 24 auf 28 Pfg. die Stunde. Auch sonstige Vortheile, die erzielt, zeigten, daß die in Gutin und Umgegend im Baugewerbe beschäftigten Personen begriffen haben, welchen großen Nutzen ihnen die Organisation gewährt. Hauptsächlich sollten Leben und Gesundheit mehr geschützt werden, zunächst während der Arbeit und sodann zur Wahlzeit. — Die Bauunternehmer lehnten bekanntlich im vorigen Jahre jede Forderung ab, und so konnten nicht die einzelnen Wünsche erledigt werden. Es soll deswegen in diesem Jahre, wo die Konjunktur andauert, eine größere Sicherheit erzielt und die schon im vorigen Jahre geforderten 40 Pfg. Stundenlohn verlangt werden. Die Bauarbeiter verlangen einen Lohn von 30 Pfg. die Stunde. — Günstiger liegt die Sache in diesem Jahre deswegen, weil die Unternehmer sich zu Unterhandlungen herbeilassen, die im vorigen Jahre einfach abgelehnt wurden, während obendrein im „A. f. d. J. L.“ von den Unternehmern die Arbeiter durch die bekannnten Erklärungen verdächtigt wurden. Es ist nun freilich, trotz der beiden gemeinschaftlichen Sitzungen, die abgehalten sind, keine Einigung

Verfall. Eine gemeinschaftliche Mitglieder-Versammlung aller Personen obenbenannter Berufe tagte im Lokale des Herrn Strauch am letzten Sonntag. Dieselbe nahm mit allen gegen 4 Stimmen einen Antrag an, die Lohn-Kommission nochmals zu beauftragen, eine Einigung zu versuchen, und zwar innerhalb dieser Woche. — Gelingt dies nicht, so wird am Montag, den 21. März, die Arbeit eingestellt. Die Arbeiter verlangen, daß der Lohn von 40 Pfg. die Stunde zum 1. Mai geändert wird, die Unternehmer wollen erst zum Jahre 1900 bewilligen. — Die Arbeiten, die bereits in Angriff genommen sind, werden, um den Arbeitern den Sieg zu sichern; es wird aber jeder strikter Kampf jurisdigewiesen, wo auf gutlichem Wege eine Einigung erzielt werden kann. Da die Arbeitgeber fast jedes Zugeständniß ablehnen, wird es schwer sein, den Konflikt friedlich beizulegen — beizulegen ist vorläufig der Bezug fern zu halten.

Wismar. Vom Polizeikampf. Der Wirth „Hansa“, Kober, war vom hiesigen Schöffengericht am 29. Januar in 150 Mark Geldstrafe verurtheilt worden. Der Angeklagte hatte an vier verschiedenen Sonntagen, darunter Weltwachten und Neujahr, ohne die polizeiliche Genehmigung nachzusuchen, öffentliche Tanzveranstaltungen in seinem neuerbauten Saale veranstaltet, welche bis weit über die Polizeistunde hinaus gedauert, und an welcher jedesmal 300 bis 500 Personen, darunter auch verschiedene sozialdemokratische Gewerkschaften mit ihren Familien, auch andere Personen gegen Zahlung von 50 Pf. Eintritt theilgenommen hatten, in einem hatte Genosse Groth aus Rostock einen Vortrag gehalten. Die eingelegte Berufung

wurde vom Landgericht Schwerin kostenpflichtig verworfen.

Wittrow. Freigesprochen wurde vom Schwurgerichte der wegen Brandstiftung und Versicherungsbetruges angeklagte Mühlenbesitzer Sponholz aus Fürstenberg. Er war beschuldigt, seine Schneide- und Mahlmühle in Brand gesteckt zu haben. Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage.

Briefkasten.

H. Müller u. V. Gruppenbild wird neu hergestellt und folgt nach Eingang. Die Expedition.
 K. P. B. Es bezieht auf einen Übersetzer des Stenographen. Nicht Kitzia heißt die neuentdeckte Kanthuchspinnung, von der Ende voriger Woche im Reichstage soviel die Rede war, sondern: Kizia africana.
 H. S. Da Sie rechtzeitig gekündigt worden sind, so müssen Sie mit Ablauf dieses Monats auch Ihre Wohnung räumen. Ein Abonnement. Das Polizeiamt hat bisher, soweit uns bekannt, noch keine Bestimmungen darüber erlassen, wann der Umzug, am 30. März oder 1. April, stattzufinden hat. Erlaubigen Sie sich auf dem Polizeibureau, wo man Ihnen Auskunft ertheilen muß und auch wird.

See-Berichte.

Die Dampfer „Teave“ und „Ludwig“ haben wegen starken Nordwestwindes Sille angelassen.
 D. „Waltke“, Kapl. Wilmberg, ist am 14. März in Dantsch angekommen.
 D. „Stadt Lübeck“, Kapl. Kranke, ist am 14. März in Dantsch angekommen.
 D. „Jafon“, Kapl. Klöforn, ist am 14. März von Emmerich bergwärts gefahren.

Stereschau-Biehmarkt.

Domburg, 14. März.

Der Schweinehandel verlief flau.
 Angeführt wurden 3150 Stück: Breiße; Verkaufschweine, schwer 46—48 Mk., leicht 45—47 Mk., Sauen 42—45 Mk. und Ferkel 44—46 Mk. pr. 100 Pfd.
 Der Rinderhandel verlief gut.
 Angeführt wurden 1150 Stück. Breiße; Beste 91—102 Mk., geringere 70—85 Mk. pr. 100 Pfd.

Herr Tomas, der rühmlichst bekannte Bariton unseres Theaters hat demnach sein Verbleib, zu welchem er H. Wagner's „Hilfenden Holländer“ gewählt hat. Dem Künstler, auf dem während der Saison eine schwere Arbeitslast ruht, und der so oft durch seine Leistungen des Publikums entzückt hat, können wir von Herzen ein volles Haus, damit „Segen der Rührer Preis“ sei.

Stadttheater. Agnes Freund, die bekannte Berliner Bühnenkünstlerin, eröffnet am Freitag, den 17. d. März, ein zweimaliges Gastspiel und zwar gastirt sie in zwei ihrer Hauptrollen, der „Niobe“ in dem gleichnamigen Schwanke von Blumenthal, und der „Magda“ in Sudermann's „Helma“.

„Cirkus Variete, Kunterbunt.“ Heute (Mittwoch) nimmt die vorzügliche Künstlerin Abschied vom Lübecker Publikum. In Anbetracht dessen arrangirt die erfindungsreiche Direktion heute einen Damen-Abend, dessen regsten Besuch wir allen Freunden des „Kunterbunt“ nur empfehlen können. Jeder Herr hat das Recht, eine Dame frei einzuführen; alle Billette haben Gültigkeit. Vom 2. d. April treten abermals Spezialitäten auf, womit dann die beizählige Saison schließt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inserieren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu beziehen.

Sarg-Magazin Größtes Lager am hiesigen Platze.
 Billige Preise.
 Stets Neuheiten in Berl- u. Metallkränzen.
 Ueberführung von u. nach Auswärts.
 ob. Mühlenstr. 13. **Gebr. Müter**
 Fernspr. 427.

Hauptvertrieb der van den Bergh's Margarine.
 Einem geehrten Publikum von Lübeck und Umgegend beehre ich mich ganz ergebenst anzuzeigen, daß ich am heutigen Tag das
Fettwaaren-Special-Geschäft
 des Herrn Adolf Stoffen, Breitestraße 38
 künftlich erworben habe und selbiges unter dem Namen
Butter-Handlung
 zum
Stern
 weiterführe.
 Durch Verabfolgung nur bester Waare hat es mein Herr Vorgänger verstanden, sich einen großen und festen Kundenkreis zu erwerben. Denselben zu erhalten und weiter auszuweihen, wird für die Folge mein eifrigstes Bestreben sein. Unter Beibehaltung der alten Prinzipien, sichere ich meinen geehrten Abnehmern streng reelle Bedienung zu bei Berechnung billiger Preise. Zudem ich bitte, mein junges Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen, empfehle ich mich und zeichne mit dem Ausdruck der vollkommensten Hochachtung
 Lübeck, den 15. März 1899.
Gustav Wriedt.

Hansa-Halle. Donnerstag d. 16. März: Freier Tanz.
Kränzchen. Freier Tanz.

Versuch macht klug!
 Herren-Sohlen u. Klebe von Mark 2,00
 Damen- do. u. do. von do. 1,50
 Mädch. } do. u. do. von do. 0,90
 u. Knab. }
 Alle anderen Reparaturen billigt.
 Jede Reparatur wird sofort ausgeführt.
Deutsch-Amerikanische
Schuhwaaren-Reparatur-Anstalt
Königstr. 48
Edel Alter Schranken.

Paul Salay
Tapezier und Decorateur
 Große Peterstraße 12.
 Beste Ausführung. Billige Preise.
Speise-Halle Hansa
 Mengstraße 24, I.
Großer Mittagstisch von 11¹/₂—2 Uhr.
 à Person 40 und 50 Pfg.
 Abendessen von 6—9 Uhr.
 à Person 30 und 40 Pfg.

Confirmanden-Anzüge
 unglaublich billig.
 Jeder Käufer eines Anzuges erhält einen
 Hut gratis nur
38 Marlesgrube 38.

Elegante Herren-Anzüge
 enorm billig. Jeder Käufer eines
 modernen Hutes gratis. Marlesgrube 38.

Neunter schleswig-holsteinischer
Wahlkreis.
 Die thätigen Lübecker Genossen bitte ich, heute
 Mittwoch den 15. d. März, Abds. 8¹/₂ Uhr,
 zu einer Besprechung im „Reichshaus“ zu er-
 scheinen. **A. Kasch.**

Deutscher
Metallarbeiterverband
 Sitzung der Vertrauensmänner
 am Donnerstag den 16. März
 Abends 8¹/₂ Uhr
 Vollzähliges Erscheinen ist dringend notwendig.

Oeffentliche
Ver Sammlung
 für
 alle in Branereien beschäftigten
 Personen
 am Sonntag den 19. März
 Nachmittags 4 Uhr
 im Vereinshaus, Johannisstr. 50.
 Tages-Ordnung:
 1. Der erste Mai und der Reihnundentag.
 2. Verschickenes.
 Sämtliche in Brauereien, Branereien
 Beschäftigten sind hierzu dringend ein-
 geladen.
Der Einberufer.

Achtung!
Gewerkschaften Lübeck's
 Sämtliche das Gewerkschafts-
 Kartell betreffende Angelegenheiten
 sind in der Zeit vom 18. März bis
 28. März an den Kassirer der Kartell-
 Kommission, Genossen S. Deitmann,
 Dankwardtgrube 13, zu richten.
 Die Kartell-Kommission.

Quartett-Verein Luba
 Unser Vereinslokal ist von heute ab nach dem
 Vereinshaus, Johannisstraße 50, verlegt.
 Versammlungen finden statt an jedem Dienstag
 nach dem ersten jeden Monats. Gesangstunden
 wöchentlich Donnerstag Abends präcise 8¹/₂ Uhr.
Der Vorstand.

Einladung zum Ball
 der
Gasarbeiter der Lübecker Eis-
Genossenschaft (e. G. m. b. H.)
 am Sonntag den 19. März 1899
 im Lokale des Herrn W. Kruse,
 „Wakenitz-Bellevue“.
 Kassenöffnung 6 Uhr. Anfang des Balles 7 Uhr.
 Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei.
 Damen allein 20 Pfg.
Das Comitee.

Stadttheater in Lübeck.
 Donnerstag den 16. März.
 Bestes Gastspiel des Heldentenor Herrn E. Voss.
Der Freischütz.
 Freitag den 17. März.
 Gastspiel des Fr. Agnes Freund.
Niobe.

Zum 1. April eine Stube zu verm.
 an eine Frau oder Mann
 Sedanstraße 10a, Holstenhor.

Zu Ostern ein Lehrling gesucht
 für Colonialwarenhandlung. Offerten u. B T
 an die Exped. d. Bl.

Suche eine tüchtige Anlegerin
 für Tiegeldruckpresse.
 K. Fauvel, Mengstraße 4.

Tüchtige Malergehülfe sucht
 Gust. Behneke, Catharientstraße 9.

Gesucht sofort ein junger Knecht
 bis 17 Jahren hinter der Burg 1a.

4—5 verh. gute Cigarrenarbeiter
 die Lust haben, nach Kiel überzusiedeln, finden
 dauernde gute Arbeit (Kauarbeit), 10—14 Mk.
 per Woche.
 Aug. Kuhl, Kiel, Holtenauerstraße 1.

Junger Schreiber wünscht Beschäftigung in
 schriftl. Arbeiten, Buchhalt., Rechnungsw. z. Off.
 u. J G an die Exped. d. Bl. erbeten.

2 neue Sophas mit und ohne Stühle mit farb.
 Bezug Fleischhauerstraße 66.

Zu verkaufen zwei Zugänger
 bei Zimmermann Scheel, Stodetsdorf,
 i. d. Vooh.

Ein neues Fahrrad (Victoria)
 ist für 150 Mk. zu verkaufen, Fabrikpreis 220 Mk.
 K. Weiss, Schwartauer Chaussee 35.

Zu verkaufen ein starker Kinderwagen
 Preis 6 Mark Hundestraße 4.

Gef. 1 Badet mit Häkelarbeit u. Garn
 Wghsholen Gr. Vogelgang 9.

Überzeugen Sie sich, dass meine
Deutschland-
Fahrräder
 die besten und dabei
 die allerbilligsten sind.
 Wiederverkäufer gesteht.
 Haupt-Katalog gratis & franco.
 August Stukenbrok, Einbeck
 Deutschlands größtes
 Special-Fahrrad-Versand-Haus.

Frische Meierei-Butter
 und frische Eier empfiehlt
 J. Langhoff, Mittelstraße 13a.

Zwiebelleberwurst, per Pfd. 80 Pfg.
 Leberwurst, per Pfd. 60 Pfg.
 Sülze, per Pfd. 60 Pfg.

Flohmenschmalz, per Pfd. 60 Pfg.
 ff. Margarine, per Pfd. 50, 2 Pfd. 90 Pfg.
 dito per Pfd. 60, 2 Pfd. 1, 10 Mk.
 empfiehlt in reeller Waare

E. Möhl, Regidienstraße 8.
Bestes Bratenschmalz
 Pfund 40 Pfg.
 empfiehlt
Chüringer Würstfabrik
Aug. Scheere,
 Holstenstraße 32.

Masakat.

pv. Monsieur Delcassé, Minister des Aeußeren in Frankreich, und Mister Brodrick, Untersekretär des Aeußeren in England, haben in den resp. Parlamenten über die Masakat-Angelegenheit Neben gehalten, aus denen die Welt der Zeitungen nicht klug werden kann. Herr Delcassé, der hüßliche Franzose, hat die Liebeshüßigkeit der englischen Regierung gerühmt, die den Zwischenschritt bedauerte und Frankreich die Anlegung einer Kohlenstation im Sultanat gestattet; Herr Brodrick, der rübe Britte, hat darauf geantwortet, daß die Regierung ihrer Majestät sich veranlaßt sah, Frankreich ein wenig auf die Hacken zu treten, weil es Land annekstirte und eine Festung bauen wollte, worauf es sich mit der Annullirung einer Kohlenstation beschieden habe. Die Tagespolitiker fanden darin einen unverschämlichen Widerspruch und der Honsdiplomate der „Kronzeitung“ wittert bereits Krieg. Jedemoch wird der Kanonendonner auch diesmal ausbleiben und die Widersprüche lösen sich einfach: Frankreich hat vorläufig nachgegeben und England zieht sich murrend zurück, die Frage aber bleibt ungelöst. Oder soll Frankreich wegen Masakat bis zum Aeußersten gehen, während es sich bei Fashoda möglich zurückzog? In Fashoda war Frankreich, d. h. das französische Kapital, direkt interessiert, in Masakat spielt es bloß eine untergeschobene Rolle. Worin die englischen Interessen in Masakat bestehen, ist klar zu erkennen, auch was Rußland dort zu suchen hat, ist nicht schwer zu bestimmen, aber warum Frankreich dort Vieles auf die Karte setzen soll, ist kaum zu verstehen.

Was ist Masakat? Es ist ein Hafen im Sultanat Oman. Das Sultanat Oman liegt am Eingang zum persischen Golf. Bevor der Suezkanal erbaut wurde, waren seine Häfen bedeutende Verbindungspunkte des europäisch-asiatischen Verkehrs, der Suezkanal hat es aber kommerziell soweit zurückgebrängt, daß man in Europa erst durch die neueren diplomatischen Vorgänge daran erinnert wurde, daß dieses Sultanat noch existirt. Es sind jedoch bereits Momente hervorgetreten, welche darauf hindeuten, daß jene Gegenden in der Zukunft wieder eine wichtige kommerzielle und politische Rolle zu spielen bestimmt sind. Das hängt zusammen mit der wirtschaftlichen Erschließung von Kleinasien und Zentralasien, die bekanntlich nur im persischen Golf einen Ausweg zum indischen Ozean besitzen. Alle Schiffe, die in den persischen Golf den Kurs halten, müssen sie nun von Aden bzw. Suez oder von Bombay kommen, laufen in Masakat ein. Der persische Golf schließt im Norden an Mesopotamien an, das die Verbindung mit Anatolien herstellt, welches bereits von Eisenbahnsträngen durchzogen wird und seit urgeschichtlichen Zeiten die große Brücke zwischen Europa und Asien war, und im Osten bildet er die Küste Persiens nebst den immensen angrenzenden Gebieten Zentralasiens, in denen die russischen Eisenbahnen eine reichend um sich greifende kapitalistische Kolonisation bedingt haben. Bereits wird eine Fortführung der transkaspischen russischen Eisenbahnen bis an die Grenzen Persiens geplant und es wird offen erklärt, daß die weitere Absicht der russischen Diplomatie die ist, durch Persien bis zum persischen Golf zu bringen — ein maritimer Stützpunkt im Sul-

tanat Oman, wenn nicht an der persischen Küste selbst, käme dieser Entwicklung sehr zu Gute. Abgesehen von der kommerziellen Bedeutung einer Durchquerung Westasiens durch eine russische Eisenbahn, so würde Rußland offenbar auf diese Weise den Himalaja umgehen und vor dem Einfallsthor Indiens erscheinen. Wenn England schon ein genügendes Interesse hat, das zu verhindern, so kommt noch hinzu, daß es selbst auf jenes Land reflektirt, da die für die Zukunft in Aussicht genommene Verbindung seiner afrikanischen mit seinen asiatischen Besizungen — eine Spekulation, die durch die jetzige Wächterweiterung Englands im Nilgebiet bedeutend näher in das Bereich der Möglichkeiten gerückt ist — im Sultanat Oman ihre Knotenpunkte finden wird. Dagegen würde für Frankreich eine Besizung am Golf von Oman ein total isolirter Punkt sein, ganz außerhalb des Bereichs seiner sonstigen afrikanischen und asiatischen Kolonien.

Wie sehr die russische Diplomatie in dieser Affaire ihre Hand mit im Spiele hatte, zeigt schon der Umstand, daß die russische offizielle Presse über die resp. Vorgänge von Anfang an am Westen unterrichtet war. Was in der westeuropäischen Presse jetzt erst bekannt wurde, daß die Abmachung mit dem Sultan bereits im vorigen Jahre getroffen wurde, darauf hat die aus russischen diplomatischen Kreisen bediente „Nowoje Wremja“ gleich bei der ersten telegraphischen Nachricht von der französischen Besitzergreifung hingedeutet. Der Artikelschreiber meinte dann: „Wann auch die Fashodafrage uns direkt nichts anging, so kann man dasselbe in diesem Fall nicht behaupten.“ Im Zusammenhang damit wurde die Spekulation entwickelt, daß England wahrscheinlich als Revanche seinerseits einen Landstrich an der Küste annekstiren werde, und geschlußfolgert: „Wenn Frankreich und England sich Häfen an der Küste von Oman erwerben, so wird es auch für uns äußerst nützlich sein, ihrem Beispiel zu folgen.“ Als aber England anders verfuhr, gerieth derselbe Offiziosus in eine wahre Berlekerwuth, suchte einerseits unter wüstem Geschimpfe den Rückzug zu maskiren — „Frankreich“, so schrieb er nunmehr, „kann sich jetzt mit der Masakalangelegenheit nicht befassen; andere Mächte aber machen nicht gern Lärm wegen etwas, das sie unmittelbar nichts angeht (sic!)“ — und konnte sich andererseits nicht enthalten, seinem gepreßten Herzen in folgender Tirade Luft zu machen:

„Das Ziel Englands ist allerdings klar: durch Besitzergreifung der Küste des persischen Golfes will es Rußland die Möglichkeit abschneiden, zum Ozean zu gelangen, — aber dieses Ziel ist nicht so leicht zu erreichen. Rußland braucht feste Grenzen, die zugleich vortheilhaft wären, und das sind nur die Küsten offener Meere.“ Woraus sich übrigens auch noch ergibt, daß Rußland Konstantinopel braucht.

St auch diesmal der aufstuckende Funke gedämpft worden — man sieht, es ist Bündstoff genug vorhanden, der gelegentlich hell aufblitzen könnte.

Soziales und Partei-Leben.

Die Berliner Bäckermeister haben in einer gemeinschaftlichen Versammlung beider Innungen die Forderungen der Gesellen abgelehnt. Ein anderer Beschluß war nach den vorausgegangenen Verhandlungen nicht zu erwarten.

kein reicher Bauer in Sylt sein. Daß dem Hilgen sein Schöngeden, in meinen Armen bieste ich dir Erbschaft.“
„Und ich“, erwiderte Vornsen zärtlich und stolz, „denke dir Erbschaft zu geben für alle Kammerherren und Barone.“
„Ich weiß es“, sagte sie. „Du wirst nicht eher vor meinen Vater treten und mich von ihm fordern, bis er gegen deinen Rang und deine Stellung nichts einzuwenden vermag. Ich denke und fordere nichts geringes von dir. Alles übrige nehme ich auf mich. Mein Vater weiß, daß er mich nicht zwingen kann, etwas zu thun, was ich nicht mag. Ich erwarte dich, Vornsen, ich erwarte den Tag, der kommen wird, wo unsere Liebe offen tritt in die Welt und Achtung fordert. Bis dahin, mein theurer Freund, sei geduldig und glaube an mich.“
„Fest und unwandelbar!“ sprach Vornsen, ihre Hände mit Klüssen bedeckend.
„Lina!“ rief die Stimme des Barons hinter dem Gebüsch. „Wo bist du denn, Mädchen? — Kommen Sie, Kammerherr Branden, Lina muß hier sein.“ Er trat hervor und fuhr lachend fort: „Da sitzt sie ja unter dem Fegenbaum, und ist es nicht unser lieber Freund Vornsen, der sich so selten macht? — Herzlich willkommen, Herr Vornsen, ich hoffe, Sie haben sich sehr gut unterhalten. — Aber hätten Sie sich vor dem Baum da, man sagt ihm gefährliche Zauberpossen nach.“
Am nächsten Tage, als Vornsen allein in seiner Wohnung war, erhielt er einen Besuch des Staatsraths, der ihn nicht wenig überraschte. Einige Minuten lang war er in peinlichen Vermuthungen befangen.
Herr von Hammerstein setzte sich zu ihm und sagte, zum Fenster hinausschauend:
„Sie wohnen hier allerliebste, mit der Aussicht auf Hafen und Meer, ungemein frisch und gesund, das wird Sie ausführen mit Kopenhagen. Nun, ich frage nicht, wie Sie sich befinden; Sie haben sich eingelebt, sind blühend und kräftig, aber zu einsam, wie ich meine, und wie Sie wissen, lautet

Von Lagerdorf ist bis auf Weiteres der Bezug von Fabrikarbeitern, Böttchern, Metallarbeitern und Bauhandwerkern streng fern zu halten.

Die Kreisländer Webersbewegung greift in den Gladbacher Bezirk über. Von mehreren Weberereien sind die Arbeiter in den Ausstand getreten oder haben gekündigt. Eine von 1200 Textilarbeitern besuchte Versammlung forderte 10stündigen Arbeitstag und unbedingte Koalitionsfreiheit.

Darmstadt. Seit Montag herrscht hier ein allgemeiner Ausstand der Weißbinder-, Maler- und Lackirergehülften. Sie verlangen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Zum Schuhmacherstreik in Tuttlingen. Einer Meldung des „Gr. W.“ aus Tuttlingen zufolge ist unter Vermittlung des Gewerbeinspektors eine Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter des Schuhmachergewerbes zu Stande gekommen. Danach soll die 10 stündige Arbeitszeit am 1. Juli eingeführt werden, auch sollen keine Lohnkürzungen und Maßregelungen stattfinden.

In Kopenhagen stehen die Fleischer im Kampfe um ihre Organisationsrechte. Circa 375 Mann stehen im Streik. Die Unternehmer suchen in Deutschland Streikbrecher zu werben. Bezug ist zu vermeiden. Briefe an B. Hartmann, Kopenhagen V, Knudsgade 58, 2.

Die Maslower Gasarbeiter hatten den achtstündigen Arbeitstag verlangt, andernfalls sie am 1. März die Arbeit niederlegen mußten. Dennoch arbeiteten sie weiter und boten Verhandlung an. Inzwischen besorgte sich die Gasanstalt aber Streikbrecher, meist ungelernete Arbeiter, und verlangte dann von den bisherigen Arbeitern, wenn sie bleiben wollten, müßten sie eine Arbeitsordnung von fünfjähriger Dauer unterschreiben. Die Arbeiter erklärten, sie müßten diese Arbeitsordnung erst ihrem Verband vorlegen. Darauf wurden sie sämmtlich verabschiedet.

Protest gegen das Zuchthausurtheil in Holland. Am Mittwoch fand in Amsterdam eine von 500 Personen besuchte öffentliche Versammlung statt, wo Genosse Polak über das Dresdener Urtheil referirte, das in holländischen Arbeiterkreisen große Aufmerksamkeit erregt hat. Große Erregung verursachte eine Mittheilung Polak's, die ihm von ganz zuverlässiger Seite zugegangen, wonach im Justizministerium eine Gesetzesvorlage ausgearbeitet wird, welche auch holländische Arbeiter mit Zuchthaus bedroht, falls sie bei Streikbewegungen als „Posten“ zur Bewachung von gestreikten Fabriken und Unternehmern fungiren. Am Schlusse der Versammlung ward eine Sammlung für die Familien der Zuchthausgefangenen veranstaltet.

Die Märzfeier des Socialdemokratischen Vereins in Frankfurt a. M. ist von der Polizei untersagt worden.

Magdeburg. Der Fabrikarbeiter Gotthardt, der in seiner Broschüre „15 Jahre Sozialdemokrat“ die Sozialdemokratie, die Arbeiterorganisationen und namentlich die „Führer“ der Magdeburger Sozialdemokraten auf das unanständigste beschimpfte, ist nun ein reuiger Sünder geworden. Er hat dem Vertrauensmann und der „Magd. Volksstimme“ folgende Erklärung zugehen lassen:

Erklärung:
Ich habe seiner Zeit die Broschüre „15 Jahre Sozialdemokrat“ geschrieben, welche die sozialdemokratische Partei, deren

der alte Bibelspruch: „Es ist nicht gut, daß der Mensch allein sei.“ Was haben Sie für Nutzen daraus gezogen, lieber Vornsen?“

„Ihre — Güte, Herr Staatsrath“, erwiderte Jens lächelnd, „hat dafür gesorgt, daß ich die Einsamkeit nicht empfinde.“

Hammerstein sah ihn mit seinen dunklen Augen nachsinnend an. „Es freut mich aufrichtig, wenn wir, ich und Lina dazu beigetragen haben, Sie angenehm zu beschäftigen, aber warum ich eigentlich zu Ihnen komme, lieber Freund, hat seine besondere Bedeutung, die Sie und Ihre Einsamkeit ganz besonders betrifft.“

Eine leichte Röthe sammelte sich auf Vornsen's Stirn, er beherrschte mit Mühe seine Unruhe; doch müthig schlug er die Augen auf und blickte den Baron offen an, denn er war entschlossen, nicht zu lügen und nichts zu bemänteln. „Ich erwarte Ihre Mittheilung“, begann er, als der Baron schwieg.

„Es handelt sich“, sagte dieser, „um eine wichtige und delikate Angelegenheit, bei der Sie mir versprechen müssen, durchaus aufrichtig zu sein, was ich von Ihnen erwarten darf.“

„Ich werde, was mich betrifft, Ihnen nichts verschweigen“, erwiderte Jens mit Festigkeit.

„So hören Sie“, sagte der Baron. „Sie wissen, daß schon im Jahre 1815 die Ritterchaft der Herzogthümer sich für ihre sogenannten Rechte erhob und einen Landtag begehrte, der ihr abgeschlagen wurde. Der König bestätigte dagegen halb darauf die Privilegien des Adels und der Prälaten, was natürlich bloße Formalität war. Die Ritterchaft bezahlte nun die Kieler Professoren, namentlich einen gewissen Dahlmann, ihren bleibenden Sekretär, bezahlte die Mitarbeiter der Kieler Blätter, Falk und Welcker, die tapfer schrieben und die Rechte des Adels bewiesen; als das Alles aber in in Kopenhagen nichts half, klagten die Ritter 1822 beim deutschen Bunde um ihr Recht.“

„Ich kenne die Geschichte dieser Zeit ziemlich genau.“

Der Vogt von Sylt.

Erzählung von Theodor Wägge.

(22. Fortsetzung.)

„Dieser Baum“, sagte Lina, „ist eher gewesen, als dies Reich und diese Stadt. Er hat einst mitten im Walde gestanden. Die Norren haben darunter geessen, das heilige Feuer hat vor ihnen gebrannt, in Zauberprüfungen haben sie die Schicksale der Menschen geweissagt, ihnen Freude und Leid verkündigt. Da stehen wir nun in seinem heiligen Schatten, und ich halte Ihre Hand, mein bester, theurer Freund. Meine Augen hängen an Ihren Lippen, ich fordere mein Schicksal und diese Lippen bleiben stumm!“
„O! Lina“, rief Vornsen, indem er sie umfaßte und mit einem Blick überwältigender Liebe sich zu ihr niederbeugte, „was könnte ich sagen, was Sie nicht wüßten?“
„Ist es das“, flüsterte sie, an ihn geschmiegt, „was mitten im kalten Nebel wie Feuer mich verbrannte?“
„Daß ich dich mehr liebe“, sagte Vornsen, „wie ein Mensch dich lieben kann, daß ich sterben will, oder dich befliegen. Gütiger Gott! ich liebe nur, seit ich dich kenne. Ich will mein Leben verteidigen!“
Er hielt sie in seinem Arme, den anderen streckte er schwörend und drohend aus. Der schöne, stolze Mann, stürmend und durchglüht von den erhabensten Gefühlen, stand mit göttlicher Gewalt vor ihr. Sein schimmerndes Haar fiel weich auf ihre Stirn, das Feuer seiner Augen schmolz in Zärtlichkeit und Frieden. Lina glaubte bis in seine Seele zu blicken, die ihr gehörte, und ihre Hände um seinen Nacken schlingend, betrachtete sie ihn mit der ganzen innigen Kraft ihrer Liebe.
„Von jenem ersten Tage an, wo ich dich sah“, flüsterte sie, „wüßte ich, daß wir zu einander gehörten. O! geliebter Mann, keine Macht soll uns trennen. Du hast die gewöhnliche Unterordnung des Lebens von dir gestoßen. Du konntest

a) Knaben. Namen und Beruf des Vaters.

22. Februar. Arbeitermann Joachim Albert, 28. Schloss- arbeiter August Johann Hermann...

b) Mädchen. Namen und Beruf des Vaters.

26. Februar. Bierbrauermann Heinrich Wilhelm Westphal, 1. März. Bauvolizei-Controleur und Brand-Rupfeller Hermann...

Zierbefälle.

4. März. Kaufmann Christian Friedrich Hutermaun, 37 J. (Nienstedt). Schneidermeister Christian Johann Carl Mart...

Angewordnete Aufgebote.

6. März. Schneidermeister Georg Heinrich Christian Will und Bertha Maria Peters. Maschinenführer Arthur Friedrich...

Verheirathungen.

7. März. Schlosser Paul Friedrich Grammerstorf und Auguste Marie Elisabeth Dehmann. Klempner und Mechaniker August...

Ist bis auf den Grund abgebrannt. Beim Neubau der Tafelbecke, die Bogen und Gries verbindet, stürzte bei Abtragung der alten Brückenpfeiler die Bogener Wasser...

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Aus Hildesheim wird mitgetheilt: Wegen Majestäts- beleidigung verurtheilt die Strafkammer des k. k. Landgerichts den Cigarrenfabrikanten Joh. Hofmann...

Hannoversches Arbeiter-Abthl.

Sowohl im Reichstags- als auch im preussischen Landtage wurde ursprünglich die Forderung erhoben, daß für „Majestätsverbrechen“ die bei unsen Kaisern in so hohem Maße stehende Strafe...

statthaft sind, sowohl vom Rechtsgeichtspunkte aus, wie in Erwägung der Zeitverhältnisse und des Wohls der Gesamtheit.

„Ich verstehe“, versetzte Lornsen. „Diese Denkschrift wünsche Sie von mir.“

„Sie sind der Mann dazu“, fiel der Baron ein. „Sie besitzen die Kenntniss und die Geschicklichkeit. Zeigen Sie jetzt Lornsen, was die Intensität Ihres Willens vermag, in wie weit Sie höheren Ideen zugänglich sind.“

„Ich fürchte“, sagte Lornsen, indem er vor sich niederblickte, „daß meine Zukunft durch diesen Auftrag nicht gewinnen wird.“

„Mein Freund“, sprach Hammerstein lächelnd, „ein Staatsmann muß auch bei seinem ersten Schritte Talleyrands berühmtes Wort niemals vergessen, daß die Sprache dazu vorhanden sei, die Gedanken zu verbergen; wenn man jedoch gewandt, vorsichtig und überlegt die Worte wählt, so giebt es mancherlei Fälle, wo man auch lähn und bestimmt sein darf.“

„Ich verstehe“, sprach Hammerstein, „daß die Sprache dazu vorhanden sei, die Gedanken zu verbergen; wenn man jedoch gewandt, vorsichtig und überlegt die Worte wählt, so giebt es mancherlei Fälle, wo man auch lähn und bestimmt sein darf.“

„Meine Ueberzeugung?“, erwiderte Lornsen fragend und mit Nachdruck.

„Ihre volle Ueberzeugung“, sprach der Staatsrath, „doch ohne Phrasen. Erinnern Sie sich, Herr Lornsen, daß dieser Auftrag durch mich Ihnen vom Könige erteilt wird.“

„Ich verstehe“, sprach Hammerstein, „daß die Sprache dazu vorhanden sei, die Gedanken zu verbergen; wenn man jedoch gewandt, vorsichtig und überlegt die Worte wählt, so giebt es mancherlei Fälle, wo man auch lähn und bestimmt sein darf.“

„Ich verstehe“, sprach Hammerstein, „daß die Sprache dazu vorhanden sei, die Gedanken zu verbergen; wenn man jedoch gewandt, vorsichtig und überlegt die Worte wählt, so giebt es mancherlei Fälle, wo man auch lähn und bestimmt sein darf.“

„Ich verstehe“, sprach Hammerstein, „daß die Sprache dazu vorhanden sei, die Gedanken zu verbergen; wenn man jedoch gewandt, vorsichtig und überlegt die Worte wählt, so giebt es mancherlei Fälle, wo man auch lähn und bestimmt sein darf.“

„Ich verstehe“, sprach Hammerstein, „daß die Sprache dazu vorhanden sei, die Gedanken zu verbergen; wenn man jedoch gewandt, vorsichtig und überlegt die Worte wählt, so giebt es mancherlei Fälle, wo man auch lähn und bestimmt sein darf.“

„Ich verstehe“, sprach Hammerstein, „daß die Sprache dazu vorhanden sei, die Gedanken zu verbergen; wenn man jedoch gewandt, vorsichtig und überlegt die Worte wählt, so giebt es mancherlei Fälle, wo man auch lähn und bestimmt sein darf.“

„Ich verstehe“, sprach Hammerstein, „daß die Sprache dazu vorhanden sei, die Gedanken zu verbergen; wenn man jedoch gewandt, vorsichtig und überlegt die Worte wählt, so giebt es mancherlei Fälle, wo man auch lähn und bestimmt sein darf.“

„Ich verstehe“, sprach Hammerstein, „daß die Sprache dazu vorhanden sei, die Gedanken zu verbergen; wenn man jedoch gewandt, vorsichtig und überlegt die Worte wählt, so giebt es mancherlei Fälle, wo man auch lähn und bestimmt sein darf.“

„Ich verstehe“, sprach Hammerstein, „daß die Sprache dazu vorhanden sei, die Gedanken zu verbergen; wenn man jedoch gewandt, vorsichtig und überlegt die Worte wählt, so giebt es mancherlei Fälle, wo man auch lähn und bestimmt sein darf.“

„Ich verstehe“, sprach Hammerstein, „daß die Sprache dazu vorhanden sei, die Gedanken zu verbergen; wenn man jedoch gewandt, vorsichtig und überlegt die Worte wählt, so giebt es mancherlei Fälle, wo man auch lähn und bestimmt sein darf.“

„Ich verstehe“, sprach Hammerstein, „daß die Sprache dazu vorhanden sei, die Gedanken zu verbergen; wenn man jedoch gewandt, vorsichtig und überlegt die Worte wählt, so giebt es mancherlei Fälle, wo man auch lähn und bestimmt sein darf.“

Vertreter sowie die Bestrebungen der Arbeiterorganisationen angeht. Bei Abfassung dieser Broschüre befand ich mich in veredelm Zustande infolge misslicher wirtschaftlicher Verhältnisse.

Ich bebaue, diese Broschüre geschrieben zu haben und kann nach reiflicher Ueberlegung den größten Theil der Broschüre nicht aufricht erhalten. Die gegen den Verleger sowie Redakteur der „Volksstimme“ angebrachte Privatklage nehme ich zurück.

Karl Gotthardt.

Die Auftraggeber des Gotthardt haben ihr Geld umsonst verköppert, und die Ordnungspresse, die mit der Broschüre kreben ging, steht wieder stumm, wie sie sich klammert hat.

Aus Nah und Fern.

Stetige Chronik. Im Monat Januar waren auf deutschen Eisenbahnen 216 Betriebsunfälle zu verzeichnen, darunter 20 Entgleisungen und 21 Zusammenstöße. Gebietet wurden 89, verletzt 116 Personen. Goldproduktion der Welt hat im letzten Jahre 55 000 000 Pf. betragen. Davon trug Australien 13 000 000 Pf. Ist die Handgruben bei Johannsburg haben mehr produziert. Alle australischen Kolonien, mit Ausnahme von Neudelaware, haben im letzten Jahre eine größere Menge Gold geliefert als bisher.

Am so besser, lieber Freund, rief dieser, „dann werden Sie auch wissen, daß es kam, wie es kommen mußte; daß der hohe Bund nämlich in seiner besonnenen Weisheit den Klägern die Antwort erteilte: die alte Verfassung Holsteins bestehe nicht mehr in anerkannter Wirksamkeit, ihr Gesuch sei somit unstatthaft, ihre Pflicht aber umso gewisser, sich als treu ergebene Untertanen zu benehmen.“

Zur Schwach der Zustände Deutschlands ist allerdings eine solche Antwort erteilt worden“, erwiderte Jenz.

„Die Völker mochten daran sehen, was es heißt, wenn Diplomaten über ihre Rechte zu Gericht sitzen, im übrigen aber war dem Adel dieser demüthigende Bescheid von Herzen zu gönnen. Nicht für die Landesrechte hatte er das Wort genommen, sondern für seine Privilegien, um sein Kastenwesen herzustellen, das Mittelalter womöglich wieder aufzufrischen.“

„Nun sehen Sie“, fuhr der Staatsrath fort, „darauf kommt es an. Der Adel hat Uehnliches hören müssen, was Sie da sagen. Wir wollen nicht darüber streiten, was Recht oder was Unrecht ist. Er hat ein paar Jahre lang die Flügel hängen lassen; jetzt sind sie ihm jedoch neu gewachsen, und ganz in der Stille wiederholt er seine Veruche, um hier zum Ziele zu kommen. Der Kronprinz Christian ist besonders ein Ziel seiner Hoffnungen. Ihm werden allerlei Vorstellungen gemacht; die Treue der Herzogthümer gerührt, wenn der Adel dort gestärkt eine hervorragende, einflußreiche Stellung gewönne, wenn man seine Vorrechte ihm sicherte, adelige Landtage einführt, ihm die Vertretung des Landes überwiege.“

„Es wäre das sicherste Mittel, den allgemeinsten Unwillen hervorzurufen“, erwiderte Lornsen.

„Ganz meine Ueberzeugung“, sagte Hammerstein. „Aber diese Reihe von Bestrebungen bedarf der Gegenwirkung. Es bedarf einer klaren, scharfen und scharfsinnigen Denkschrift, welche den Gegenstand erschöpfend zerlegt und bedarf eines Mannes, der genau bekannt mit allen Verhältnissen, beweist, daß die Ansprüche der Ritterschaft und Prälaten völlig un-

statthaft sind, sowohl vom Rechtsgeichtspunkte aus, wie in Erwägung der Zeitverhältnisse und des Wohls der Gesamtheit.“

„Ich verstehe“, versetzte Lornsen. „Diese Denkschrift wünsche Sie von mir.“

„Sie sind der Mann dazu“, fiel der Baron ein. „Sie besitzen die Kenntniss und die Geschicklichkeit. Zeigen Sie jetzt Lornsen, was die Intensität Ihres Willens vermag, in wie weit Sie höheren Ideen zugänglich sind.“

„Ich fürchte“, sagte Lornsen, indem er vor sich niederblickte, „daß meine Zukunft durch diesen Auftrag nicht gewinnen wird.“

„Mein Freund“, sprach Hammerstein lächelnd, „ein Staatsmann muß auch bei seinem ersten Schritte Talleyrands berühmtes Wort niemals vergessen, daß die Sprache dazu vorhanden sei, die Gedanken zu verbergen; wenn man jedoch gewandt, vorsichtig und überlegt die Worte wählt, so giebt es mancherlei Fälle, wo man auch lähn und bestimmt sein darf.“

„Ich verstehe“, sprach Hammerstein, „daß die Sprache dazu vorhanden sei, die Gedanken zu verbergen; wenn man jedoch gewandt, vorsichtig und überlegt die Worte wählt, so giebt es mancherlei Fälle, wo man auch lähn und bestimmt sein darf.“

„Meine Ueberzeugung?“, erwiderte Lornsen fragend und mit Nachdruck.

„Ihre volle Ueberzeugung“, sprach der Staatsrath, „doch ohne Phrasen. Erinnern Sie sich, Herr Lornsen, daß dieser Auftrag durch mich Ihnen vom Könige erteilt wird.“

„Ich verstehe“, sprach Hammerstein, „daß die Sprache dazu vorhanden sei, die Gedanken zu verbergen; wenn man jedoch gewandt, vorsichtig und überlegt die Worte wählt, so giebt es mancherlei Fälle, wo man auch lähn und bestimmt sein darf.“

„Ich verstehe“, sprach Hammerstein, „daß die Sprache dazu vorhanden sei, die Gedanken zu verbergen; wenn man jedoch gewandt, vorsichtig und überlegt die Worte wählt, so giebt es mancherlei Fälle, wo man auch lähn und bestimmt sein darf.“

„Ich verstehe“, sprach Hammerstein, „daß die Sprache dazu vorhanden sei, die Gedanken zu verbergen; wenn man jedoch gewandt, vorsichtig und überlegt die Worte wählt, so giebt es mancherlei Fälle, wo man auch lähn und bestimmt sein darf.“

„Ich verstehe“, sprach Hammerstein, „daß die Sprache dazu vorhanden sei, die Gedanken zu verbergen; wenn man jedoch gewandt, vorsichtig und überlegt die Worte wählt, so giebt es mancherlei Fälle, wo man auch lähn und bestimmt sein darf.“

„Ich verstehe“, sprach Hammerstein, „daß die Sprache dazu vorhanden sei, die Gedanken zu verbergen; wenn man jedoch gewandt, vorsichtig und überlegt die Worte wählt, so giebt es mancherlei Fälle, wo man auch lähn und bestimmt sein darf.“